

Barnimer Bürgerpost

die unabhängige Leserzeitung

NR. 280 · 24. JAHRGANG · AUSGABE 5/2018 · VOM 8. MAI 2018 · ERSCHEINT MONATLICH · 1 EURO

6 | **Skandal
im Kreisjugendamt**
Landratswahl wird überschattet

11 | **Zerstörungswerk
am Eberswalder Obus**
E-Mobilität im Barnim

14 | **Porträt
eines Paukers**
Geschichten von Dr. Steffen Peltsch



Foto: Gerd Markmann

Am Ersten Mai in Eberswalde zeigte auch das Bündnis für den Frieden Präsenz. Es lagen Listen aus, auf denen die Bürgerinnen und Bürger die Aktion »Abrüsten statt aufrüsten« mit ihrer Unterschrift unterstützen konnten (Seite 3).

Die Bundesregierung plant, die Rüstungsausgaben nahezu zu verdoppeln, auf zwei Prozent der deutschen Wirtschaftsleistung (BIP). So wurde es in der NATO vereinbart.

Zwei Prozent, das sind mindestens weitere 30 Milliarden Euro, die im zivilen Bereich fehlen, bei Schulen und Kitas, sozialem Wohnungsbau, Krankenhäusern, öffentlichem Nahverkehr, Kommunalen Infrastruktur, Alterssicherung, ökologischem Umbau, Klimagerechtigkeit und internationaler Hilfe zur Selbsthilfe.

Auch sicherheitspolitisch bringt eine Debatte nichts, die zusätzlich Unsummen für die militärische Aufrüstung fordert. Stattdessen brauchen wir mehr Mittel für Konfliktprävention als Hauptziel der Außen-

und Entwicklungspolitik. Militär löst keine Probleme. Schluß damit. Eine andere Politik muß her.

Damit wollen wir anfangen:

Militärische Aufrüstung stoppen, Spannungen abbauen, gegenseitiges Vertrauen aufbauen, Perspektiven für Entwicklung und soziale Sicherheit schaffen, Entspannungspolitik auch mit Russland, verhandeln und abrüsten. Diese Einsichten werden wir überall in unserer Gesellschaft verbreiten. Damit wollen wir helfen, einen neuen Kalten Krieg abzuwenden.

**KEINE ERHÖHUNG DER RÜSTUNGSAUSGABEN –
ABRÜSTEN IST DAS GEBOT DER STUNDE**

NETZWERK FRIEDENSKOOPERATIVE

Bernau bekommt seine Marktschwärmerei

Der 29. April war nicht nur der Tag für den Handwerkermarkt in Bernau, sondern auch der für die neue Marktschwärmerei in der alten Post, für die wir im großen Trubel der Stadtparkwiese Werbung machten.

Du bestellst Deine Lebensmittel von Bauern der Umgebung ganz einfach im Internet online und holst sie einmal pro Woche in der Schwärmerei in der alten Post Bernau ab. Immer Mittwoch-Abend ist dann große Abholzeit. Dabei triffst Du die Menschen, die Deine Lebensmittel hergestellt haben, und andere Mitglieder, denen faire Lebensmittel aus der Region genauso wichtig sind wie Dir. So waren wir sehr erfreut, bei vielen Gästen eine gute Erinnerung an den Höfeladen vorzufinden, der einst Bernau Woche für Woche mit einem neu gedeckten Tisch regionaler Angebote bereicherte. Und auch diesmal haben wir solches als Ziel. Die Liste der bereits geworbenen Erzeuger ist mit 18 schon sehr lang, sodaß bei den Gesprächspartnern zunächst keine Wünsche offen blieben.

Da es an diesem Tag auch mit einer Anmeldung aller Interessenten am Portal vorwärts ging, gibt es ab sofort tatsächlich die Möglichkeit, teilzunehmen. So bekommt Bernau eine neue Chance, um der Antwort auf die Frage, wie denn Heimat schmeckt, ganz innovativ und zeitgemäß näher zu kommen. Das Schmecken ist eben mehr als nur eine Spielerei, es ist Lebensinhalt – Woche für Woche vom Team Kathrin Görne und den Marktschwärmern.

THOMAS TOBLER



Foto: Thomas Tobler

<https://marktschwaeemer.de/de-DE/assemblies/10046>.

Hinterm Horizont

Kriege sind Gewaltakte, um Gegner zur Erfüllung unseres Willens zu zwingen, schreibt Carl von Clausewitz in seiner Abhandlung »Vom Kriege«. Einzelne Menschen kämen nie auf eine so dämliche Idee, freiwillig in den Krieg zu ziehen, schon weil sie die Folgen sofort und unmittelbar spüren. Kriege können nur Staaten, staatsähnliche Gebilde und größere Gruppen von Menschen führen. Das gelingt Ihnen, weil sie Menschen zwingen, belügen oder dafür bezahlen können. Befehlshaber sind nicht unmittelbar von der Gewalt betroffen und in kollektiver Unzuständigkeit verliert sich Verantwortung.

Krieg ist die fortgesetzte Staatspolitik mit anderen Mitteln. Die politische Absicht ist der Zweck und der Krieg ist das Mittel, schreibt Clausewitz im Jahre 1832 weiter. Aufmerksame Leserinnen und aufmerksame Leser führt er in seinem Buch zu der Erkenntnis, daß politische Mittel an ihre Grenzen gestoßen sind und letztendlich Politik versagt hat, wenn es zu Kriegen kommt. Kriege entstehen durch Versagen von Staaten, politischen Organisationen und Politikern. Das ist seine wahre Botschaft.

Kriege beginnen mit Aufrüstung. Dem folgen Säbelrasseln, kalte Kriege, beschränkte Kriege und letztendlich unbeschränkte Kriege. Die Übergänge sind fließend. Politischer Einfluß schwindet mit dem Fortgang der Handlung. Kriege verselbständigen sich und entwickeln Eigendynamik. Das Mittel wird zum Zweck. Ein unbeschränkter Krieg würde zum Ende der Menschheit führen. Deshalb muß man aufhören, Waffen herzustellen und zu handeln.

Der aufmerksame Beobachter findet in Eberswalde noch immer Folgen des letzten Weltkrieges an Hauswänden, Dächern, Baulücken, eigenartigen Neubauten und sonderbaren Verkehrslösungen. Kriege waren, sind und bleiben Wahnsinn. Die Einsicht »**Nie wieder Krieg**« vereinte die Menschen nach dem zweiten Weltkrieg. Leider scheint diese Erkenntnis zu schwinden. Unser Land findet sich in einer Organisation wieder, die unumwunden und nachdrücklich Aufrüstung einfordert, Rußland militärisch einschüchtern will und unbemanntes Kriegsgerät entwickeln läßt. Kalte Krieger wie Helmut Schmidt oder Ronald Reagan erhielten höchste Auszeichnungen. Verbündete Staaten bombardieren in fremden Ländern, zerstören Staaten, Städte und Dörfer aus »humanitären« Gründen.

Gerhard Schröder ließ Jugoslawien bombardieren. Angela Merkel liefert modernste Waffen an kriegführende Staaten. Die Verteidigungsministerin will in Waffen »investieren«. Politische Versager wie Theresa May, Donald Trump und Emmanuel Macron bombardieren in Syrien, um von ihren Problemen abzulenken. Man kann es nicht oft genug sagen und schreiben: Das muß aufhören!

Wir brauchen bessere Politik.

Dr. MANFRED PFAFF

Kampf- und Feiertag der Werktätigen?



Foto: GERO MARKMANN

»Kaum Leute bei Maikundgebung« titelte die lokale Tageszeitung am Tag nach dem Kampf- und Feiertag der Arbeiterklasse, der traditionell durch Gewerkschaften und andere zum »Tag der Arbeit« verkürzt wird. Und ein großes Foto bewies es: Nur wenige Menschen standen vor der großen Bühne auf dem großen Platz. Freilich hatte selbige Tageszeitung auch ihr Scherflein dazu beigetragen, daß der Maiansprache des stellvertretenden ver.di-Landesbezirksleiters Berlin-Brandenburg Roland Tremper so wenige zuhörten. Das Heimatblatt hatte am Vortag die Mai-Kundgebung pflichtgemäß angekündigt – allerdings den Beginn, selbstverständlich nur irrümlicherweise, um eine halbe Stunde nach hinten auf 11 Uhr verlegt. Und tatsächlich füllte sich gegen 11 Uhr plötzlich der Platz doch noch merklich, so daß die vom Heimatblatt genannte Zahl von weniger als 100 Teilnehmern auf etwa 200 anwuchs. Immerhin.

Allerdings ist auch das ziemlich blamabel für eine Gewerkschaft, deren Kreisverband im Barnim immerhin fast 13.000 Mitglieder zählt und am 1. Mai von den Parteien SPD, Die Linke und DKP sowie von der Bürgerfraktion Barnim, der Regionalgruppe des »Rotfuchs«-Fördervereins, dem Bündnis für den Frieden Eberswalde und weiteren Organisationen unterstützt wurde. Diese Unterstützer sorgten letztlich für mehr Zulauf als die in den Gewerkschaft organisierten Werktätigen. Die verlorenen Kämpfe um den Erhalt der Arbeitsplätze im Bahnwerk und beim Tramper Windanlagenbauer wirkten alles andere als motivierend. Und die Gewerkschaften stehen dieser Entwicklung eher hilflos gegenüber. Daß inzwischen die Linkspartei im Barnimer DGB stark an Einfluß gewann, hat daran nichts geändert.

GERD MARKMANN

Kranzniederlegung am Tag der Befreiung

Aus Anlaß des 73. Jahrestages der Befreiung vom Faschismus rufen die Stadt Eberswalde und die Brandenburgische Freundschaftsgesellschaft zu einer Kranzniederlegung am 8. Mai auf. Die Kranzniederlegung findet um 17 Uhr am sowjetischen Ehrenmal auf dem Waldfriedhof Eberswalde an der Freienwalder Straße statt und wird vom Chor Iwuschka musikalisch begleitet.

Alle Bürgerinnen und Bürger sind herzlich eingeladen, an diesem Tag gemeinsam der bei der Befreiung vom Faschismus gefallenen Soldaten der Sowjetarmee und ihrer Verbündeten sowie der Opfer der faschistischen Gewaltherrschaft zu gedenken und damit ein Zeichen für Frieden, Demokratie und Menschenwürde zu setzen.

WALDEMAR HICKEL

Kommunales Kino im »Heidekrug«

»Paradies« und »Der wunderbare Garten der Bella Brown«

Joachimsthal (bbp). Jeweils Freitag um 19.30 Uhr gibt es zum Eintritt von 6 Euro KOMMUNALES KINO im »Heidekrug« in Joachimsthal.

Am 11. Mai zeigt der Verein Kulturhaus Heidekrug 2.0 den Film »Paradies« (Rußland, Deutschland 2016). Olga, eine russische, im Exil in Frankreich lebende adlige Modejournalistin und Widerstandskämpferin wird wegen zwei versteckter jüdischer Kinder in ihrer französischen Wohnung festgenommen. Sie landet im Gefängnis und später im Konzentrationslager. Sie trifft einen französischen Nazi-Kollaborateur und einen hochrangigen SS-Offizier, mit dem sie eine vergangene Liebesgeschichte verbindet. Wird er ihr zur Flucht verhelfen?

Bei den 73. Filmfestspielen in Venedig 2016 erhielt ANDREY KONCHALOVSKIY für »Paradies« einen Silbernen Löwen als bester Regisseur.

Am 18. Mai folgt »Der wunderbare Garten der Bella Brown« (Großbrit./USA, 2016). Bella Brown ist ein wunderliches Mädchen, das als Findlingskind im Kloster aufgewachsen ist und nun, mit Anfang 20 etwas traumwandlerisch durch die Welt tappt. Vor ihrem gemieteten Häuschen wuchert ein Urwald – sehr zum Ärger des Nachbarn... Ein Film, den Hobby-Gärtner ganz besonders lieben werden. Nicht nur der Blumenpracht wegen, die in Mr. Stephens Garten gedeiht, sondern auch, weil er so voller Liebe von seinen Pflanzen spricht.

Unterschriftenaktion: Abrüsten jetzt!

Wo sie nur können, zum Beispiel im Fernsehen, Radio, Internet, stellen die Groß-Herren der Logistik- und Maschinenindustrie, der Chemie- und Gesundheitsindustrie – der Rüstungsindustrie – ihre Wünsche und Pläne zur Schau. Erwartungsgemäß werden die Wünsche und Bedürfnisse der einfachen Menschen nicht angemessen thematisiert. Erwartungsgemäß segnen die politischen Handlanger der Bosse (auch per Gesetz) unsere Unterdrückung und Ausbeutung, die Rekordhöhe erreicht hat, ab. Und erwartungsgemäß beschwören sie die Logik des Krieges herauf, obwohl wir alle gelernt haben, daß – wo immer Kriege stattfinden – scheußlichstes Unheil angerichtet wird!

Natürlich beunruhigt uns alle, wenn den Völkern in Syrien, Libyen, im Irak, im Donbass oder irgendwo in unserer Welt Krieg erklärt wird, oder wenn, wie derzeit in Korea oder Iran, brutale Drohungen ausgesprochen werden, oder wenn, wie in Venezuela, Argentinien, Brasilien, in der Ukraine gezielt Stimmung

zugunsten prowestlicher, monopolkapitalistischer Kräfte gemacht wird. Wir haben sie nun schon so oft gehört und sie tönt immer weiter – die Stimme der Monopolbourgeoisie. Wir können und wollen sie nicht mehr hören!

Unser bescheidener Versuch, am 21. April auf dem Eberswalder Markt diese Problematik durch eine kleine Kundgebung in die Öffentlichkeit zu tragen, war auch verbunden mit einer klaren Absage an solche kriegstreiberischen Pläne wie die Erhöhung der Militärausgaben auf zwei Prozent des Bruttoinlandsproduktes. Wer sich an dieser Absage beteiligen möchte, ist herzlich dazu aufgerufen, so wie viele andere zum Beispiel an jenem Tag, die Erklärung »Abrüsten statt Aufrüsten« zu unterschreiben! Unterschrieben werden kann auf den Listen, die wir an verschiedenen Orten (wie Kreis-Haus oder Globus Naturkost) auslegen, oder online im Internet unter folgender Adresse: <https://abruستن.jetzt/>.

JENS WÜRZBURG, DKP Eberswalde

MöchtegernLandrat verweigert Unterschrift

»Abrüsten statt aufrüsten« ist eine bundesweite Aktion, initiiert vom »Netzwerk Friedenskooperative« in Bonn und der »Friedens- u. Zukunftswerkstatt e.V.« in Frankfurt a. Main. Bürger, die davon erfahren, haben die Möglichkeit durch ihre Unterschrift zu zeigen, wie sie zu dieser grundsätzlichen Thematik stehen. Die gesammelten Unterschriftenlisten werden dem Parlament im Bundestag zu gegebener Zeit vorgelegt, um unseren Volksvertretern zu zeigen, wie viele Bürger im Staat gegen die Aufrüstungspläne der Regierung sind. Warum gerade jetzt? Worum geht es konkret?

Die Welt versinkt im Krieg! Darf man dabei desinteressiert und tatenlos zusehen? Wir sagen NEIN! Von den schrecklichen Folgen bekommt der deutsche Michel bisher nur die endlosen Flüchtlingswellen aus den Krisenländern mit und die damit verbundenen Probleme hierzulande. Egon Bahr sagte einst: »In der internationalen Politik geht es nie um Demokratie, oder Menschenrechte. Es geht um die Interessen von Staaten. Merken Sie sich das, egal, was man Ihnen im Geschichtsunterricht erzählt.«

Kriege und Aggressionen werden immer langfristig vorbereitet. Nichts passiert zufällig! Das wissen aber nur diejenigen, die sich intensiv mit Politik beschäftigen und das machen leider viel zu Wenige. Sehr zum Vorteil der Herrschenden, denn ein leichtgläubiges Volk läßt sich besser lenken, als ein wissendes, aufgeklärtes Volk.

Was unterschrieben werden sollte, ist in wenigen Worten auf den Unterschriftenlisten formuliert. Es geht um unglaublich viele Milliarden Euro, die, von der Nato gefordert, angeblich für die Sicherung des Friedens irgendwo im Ausland benötigt werden. Nato-Staaten wurden zwar bisher niemals bedroht, aber man

kann ja nie wissen. Klar, wer anderen ständig auf die Fresse haut, muß damit rechnen, daß da mal 'ne Faust zurückschlägt. Es geht aber tatsächlich nicht um Geld für die Landesverteidigung, sondern um die Finanzierung der Auslandseinsätze, siehe Zitat von Egon Bahr.

Wir protestieren also gegen die aggressive Nato-Politik und gegen militärische Konfliktlösungen. Am 21. April, am Tag vor den Landratswahlen, starteten Friedensaktivistinnen und -aktivisten auf dem Marktplatz Eberswalde eine Unterschriften-Sammelaktion. In unmittelbarer Nähe stellten sich zwei Landratskandidaten noch einmal den Fragen der Bürger.

Nach einem sehr interessanten Gespräch über künftige Landkreispolitik mit dem parteilosen SVEN WELLER unterbreitete ich ihm unser Anliegen. Er unterschrieb mit Begeisterung.

Der andere Kandidat verweigerte sich der Unterzeichnung. Selbst auf mein Bitten, seine Unterschrift als Bürger zu leisten und nicht als Parteigenosse verweigerte der sehr selbstbewußt auftretende Schonfastlandrat. Ebenso seine eifrigen Wahlhelfer, die mir geschickt auswichen, oder ganz genervt mitteilten, daß sie sich gerade in einem Gespräch befänden und nicht gestört werden möchten.

Ich dachte in dem Moment: Na gut Leute, ihr rüstet auf und fahrt dann gemeinsam mit all euren lieben Verwandten zur vordersten Frontlinie mit all dem Kriegsgeschütz und laßt es so richtig krachen wie zu Silvester – Peng! Ganz selbstbewußt, mit rosaroter Brille auf der Nase.

Ich bin nicht überrascht, denn die SPD steht schon sehr, sehr lange zwischen Baum und Borke in der Friedensfrage – leider. Daß DIE LINKE diesen Landratskandidaten unterstützt, läßt tief blicken.

ECKHARD LAURICH,
Friedensbündnis Eberswalde

May, Macron und Mister Trump

Nun habt ihr es ja doch gemacht.
Wie Diebe kamt ihr in der Nacht.
Mit Raketen fielt ihr über Syrien her.
»Chemisch« – kann Assad nun nicht mehr.

Auch die Kanzlerin war drauf versessen.
Ihr Kommentar: »Erforderlich und angemessen«.

Schlimm nur, daß der kleine Mann,
Nicht weiß, wem er noch glauben kann.

Angeblich habt ihr ja Beweise.
Natürlich geheim; ach du Sch...
Wozu auf Untersuchung warten?
Erstmal schießen, erstmal starten!

Bloß etwas ist nun völlig klar
Und das wäre wunderbar.
Zukünftig müssen andere Gründe her.
»Chemisch« – kann er ja nicht mehr.

Fällt M. + M. + M. nichts Neues ein,
Wird hoffentlich mal Ruhe sein?
Oder war es nur ein Text?
Wie weit sich so was treiben läßt?

RAINER KROBOTH

Mit 94 beim Ostermarsch



Foto: Privat

Potsdam (bbp). Trotz ihrer 94 Jahre hatte Elisabeth Monsig den weiten Weg von Gartz an der Oder in die Landeshauptstadt nicht gescheut, um am 24. März am 17. Potsdamer Ostermarsch für den Frieden teilzunehmen. Ihr Enkel und dessen Freundin begleiteten die Rote Oma. Die T-Shirts mit den Friedenstauben war ihr Geschenk an den Enkel.

»Ich habe mich sehr über die beiden Mitstreiter gefreut«, sagte die Rote Oma der BBP-Redaktion. »Kriege sind kein Gesetz der Natur, sondern sie werden von Menschen gemacht. Ich möchte Euch darum bitten: Wo auch immer der so wunderbare Gedanke für Rüstungsbosse und Kriegstreiber auftaucht, daß es schon immer Kriege gab und es immer Kriege geben müsse, stellt gleich die Frage, ob sie ihre Enkel und Urenkel als 'Kanonenfutter' auf den Schlachtfeldern sterben sehen möchten oder daß sie als Krüppel heimkehren, die keine Lebenslust mehr besitzen.

Die friedliebenden Menschen der Welt sollten den Kriegstreibern endlich die Hölle heiß machen. Das war schon mein Wunsch während des faschistischen 2. Weltkriegs, der mir noch immer in den Knochen und im Hirn steckt. Daher war mir der Weg nach Potsdam nicht zu weit.«

Fein raus

Ein reichliches Jahr nachdem der Bürgermeister die »finale Phase« der Verhandlungen zur Kommunalisierung der Schleusen des Finowkanals eingeleitet hatte, gab es am 9. April für die Eberswalder Stadtverordneten und speziell eingeladene Interessenten ein sogenanntes Finowkanalforum, ein Workshop, in dem über den aktuellen Stand und insbesondere die Kosten informiert werden sollte, die auf die Stadt Eberswalde im Falle der Schleusenübernahme durch einen Zweckverband der Anliegerkommunen zukommen würden. Eigentlich wäre das ein Thema für die Stadtverordnetenversammlung gewesen. Aber ähnliche Privatveranstaltungen des Bürgermeisters fernab der Regelungen der Kommunalverfassung sind ja in Eberswalde nicht unüblich.

Erstaunen machte sich unter den Workshopteilnehmern breit, als sie davon hörten daß im günstigsten Fall die Stadt Eberswalde jährlich 1,5 Millionen zuschießen müßte, dabei aber noch nicht die Rücklagen berücksichtigt seien, die notwendig werden, weil für die jetzt sanierten Schleusen nach 40jähriger Betriebsdauer eine erneute Grundinstandsetzung ansteht. Als weiteres Kostenrisiko wurde diskutiert, daß Schorfheide und andere Anliegergemeinden ihre eigenen Zuschüsse deckeln wollen - was für die anderen Zweckverbandsmitglieder entsprechend höhere Umlagen zur Folge haben.

Viele Eberswalder Stadtverordnete reagierten so, wie zu erwarten war. Niemand wunderte sich, daß erst jetzt Zahlen auf den Tisch kamen, obwohl die Stadtverordneten doch schon im Frühjahr 2016 für 100.000 Euro eine Studie in Auftrag gaben, um die Kosten zu klären. Ein typisches verdrängtes Problem.

Der Eberswalder Bürgermeister Friedhelm Boginski ist fein raus. Er tat sein bestes und zögerte notwendige Entscheidungen um mehr als zwei Jahre hinaus. Nun sind andere, denen Boginski »höchsten Respekt« zollt (MOZ, 18.4.18), am Scheitern schuld. Etwa die Gemeinde Schorfheide und einzelne Fraktionen der Eberswalder Stadtverordnetenversammlung, die angesichts der nun aufgetürmten Kostenrechnungen die Notbremse ziehen werden. Zugleich lacht sich der Bund ins Fäustchen und das Land blieb die ganze Zeit nur unbeteiligter Beobachter. Der Eberswalder Bürgermeister ist dort gewiß hoch angesehen oder zumindest beliebt.

Mehr als zwei Jahre sind vergangen, ohne daß das Finowkanalproblem auch nur im Ansatz ernsthaft diskutiert wurde und nach wirklich machbaren Lösungen gesucht wurde.

GERD MARKMANN

Barnimer Bürgerpost
abonnieren!

eMail: redaktion@barnimer-buergerpost.de
Telefon: 0 33 34 / 35 65 42

Finowkanal:

Eine Stimme gegen »Absichtserklärung«

Schorfheide(bbp). Die Gemeindevertretung von Schorfheide hat in ihrer Sitzung am 25. April der Absichtserklärung zur Übernahme der Schleusen des Finowkanals zugestimmt, aber zugleich klar gemacht, daß die Gemeinde nicht mehr als 100.000 Euro pro Jahr für die Finanzierung beitragen werde. Die lokale Tageszeitung berichtete am 27. April darüber, was umgehend den Widerspruch des Vorsitzenden der Fraktion Freie Wähler Schorfheide/BKB Dr. Andreas Steiner hervorrief:

Bezüglich dieses Artikels möchte ich zwei Sachverhalte ergänzen und berichtigen:

1. Es gab eine namentliche Abstimmung, die von der Fraktion Freie Wähler Schorfheide/BKB beantragt worden ist.
2. Es gab eine Gegenstimme zum Beschlußantrag. Bei dieser Gegenstimme handelte es sich um meine Stimme.

Zugleich verweist Dr. ANDREAS STEINER auf seine Pressemitteilung vom 18. April:

In der Gemeindevertretersitzung am 25.04.18 werde ich nicht für die Absichtserklärung stimmen werde. Ich weigere mich, selbst diesen ersten Schritt zu gehen!

Für mich ist die Übernahme der Kosten für den Finowkanal nicht tragbar. Der dauerhafte Erhalt des Kanals in seinem derzeitigen Zustand ist von einer Gemengelage unbekannter und kaum kalkulierbarer Faktoren abhängig, letztendlich aber ein finanzielles Faß ohne Bo-

den, die Folgekosten in Gänze somit nicht annähernd abschätzbar. Unabhängig davon ist es verantwortungslos, selbst wenn »nur« 100.000 Euro pro Jahr von der Gemeinde Schorfheide dafür in den Haushalt eingestellt werden. Das Geld könnte und sollte für wichtigere Investitionen im Tourismus verwendet werden.

Vor diesem Hintergrund wird meine Fraktion die namentliche Abstimmung beantragen.

Auch sehe ich nicht allein den Bund in der Pflicht, der lediglich Sorge dafür tragen muß, daß das Wasser ordnungsgemäß abgeführt wird. Für mich ist der Erhalt des Finowkanals als kulturelles Erbe eine prioritäre Aufgabe des Landes Brandenburg, das dafür finanziell einstehen müßte. Die Entscheidung ob des Erhaltes ist allein im Land zu treffen. Brandenburg muß entscheiden, ob ihm der Finowkanal das wert ist oder nicht.

Mangel an Fahrradstellplätzen



Foto: Guido Pinz

Eberswalde (bbp). Das Thema Radfahren wurde in den vergangenen eineinhalb Jahren von der umstrittenen Verkehrsführung in der Heegermühler Straße dominiert. Während die Bürgerinitiative »Radwege in Eberswalde« gegen die dort entstandenen Beeinträchtigungen und Gefahren für Rad- und Autofahrer streitet und mittels Bürgerbegehren eine Rücknahme der dort umgesetzten Maßnahmen erreichen will, setzt die Stadtverwaltung auf Desinformation und Verzögerung. Wichtigstes Argument für ihr Nichtstun ist der Verweis auf ein Verkehrssicherheits-Audit. Da müßten erst die Ergebnisse vorliegen, bevor man irgendetwas machen könne. Die Ankündigung dieses Audits feiert inzwischen das einjährige Jubiläum, ohne daß irgendetwas passierte - außer daß zwischenzeitliche Initiativen in der Stadtverordnetenversammlung mit Verweis darauf abgeblockt wurden.

Die Situation in der Heegermühler Straße blieb chaotisch und gefährlich. Die Bürgerinitiative sammelt weiter Unterschriften.

Bereits im vergangenen Jahr hatten Mitglieder der Bürgerinitiative auch auf die fehlenden Fahrradstellplätze am Bahnhof hingewiesen (BBP 10/2017). Verschiedene Stadtverordnetenfraktionen haben das Thema aufgegriffen. Bereits in ihrer Klausur im Dezember hatte DIE SPD-Fraktion den Bau eines Parkhauses am Bahnhof thematisiert. Im April unterbreitete die CDU-Fraktion Vorschläge zur Erweiterung der PKW- und Fahrradstellplätze am Bahnhof sowie generell zur Anordnung und Gestaltung von Fahrradabstellanlagen in der Stadt ein. DIE SPD unterstützte die Vorschläge und gab weitere Anregungen. Insbesondere sollen bei der Grundstückssuche auch Flächen einbezogen werden, die nicht der Stadt gehören. Auch hier gab es seitens der Bürgerinitiative schon im Vorjahr Vorschläge (BBP 8 u. 10/2017). Eine weitere Diskussion im Ausschuß für Bau, Planung und Umwelt am 10. April führte Baudezernentin Anne Fellner im nichtöffentlichen Teil. Dabei informierte sie über private Investoren und Betreiber.

Regenentwässerung Klandorf

Baulichen »Murks« vermeiden!

Klandorf (lp/bbp). Anlässlich der Sitzung des Bauausschusses der Gemeinde Schorfheide am 10. April bestätigte Bauamtsleiter BERT SIEGEL, daß die Bauleistungen für die Regenentwässerung auf den historischen Sommerwegen in Klandorf gemäß dem Gutachten von VOLKER SÜDMEIER auf der Basis der vorliegenden Vorplanung von der Gemeinde ausgeschrieben und beauftragt werden sollen. Die Planungsleistungen der Leistungsphasen (ca. 56 %) seien überflüssig und sollen eingespart werden. Der Gutachter Südmeier soll lediglich mit der Objektüberwachung beauftragt werden. Auch die Beteiligung eines Landschaftsplaners sei überflüssig. Dieselbe Auffassung vertrat der Vorsitzende des Bauausschusses LOTHAR KIRCHHOFF (Bündnis Schorfheide).

Gegen das unfachliche Vorgehen entgegen dem Stand der Technik erhob LUTZ PAPROTH als Vertreter der Bürgerinitiative für den Erhalt der historischen Dorfstraße in Klandorf schwerste Bedenken. »Eine unzureichende Planung«, so Paproth, »führt regelmäßig zu einem nicht qualifizierbaren zufälligen Ergebnis und zu Mehrkosten, also dem Gegenteil von Einsparung.

Eine qualifizierte Ausschreibung und Vergabe von Bauleistung ist so nicht möglich. Mit dem Bürgermeister war im Zuge der Präsentationen des Gutachtens schon 2017 vereinbart worden, daß Herr Südmeier in jedem Fall die weitere Planung übernehmen soll. Wir verlangen, daß sich der Bürgermeister an die Vereinbarung hält.«

Die Bürgerinitiative fordert außerdem die Einbeziehung eines qualifizierten Landschaftsplaners. Mit Prof. JÜRGEN PETERS gebe es einen Fachmann, der mit der Angelegenheit bereits bestens vertraut ist. »Wir verlangen die Integration der Landschaftsplanung sowie die Genehmigung der Biosphärenreservatsverwaltung rechtzeitig vor Beauftragung der Baumaßnahmen«, ergänzt der Vertreter der Bürgerinitiative. »Diese fachlichen Überprüfungen sind notwendig zur Sicherung der baukulturellen Werte und des Erhalts des historischen Ortsbildes von Klandorf (Ensemble von Sommerwegen, Allee, Pflasterstraße). Unzweifelhaft unterliegen die Sommerwege dem Schutz gemäß Biosphärenreservatsverordnung.

Wir weisen an dieser Stelle ausdrücklich darauf hin, daß die vor Jahren unter ausschließlich der Regie der Gemeinde – ohne Beteiligung der Bürger

und ohne Einbeziehung von Fachleuten – durchgeführten Entwässerungsbauten (Mulden und Poller) die beabsichtigte Funktion nicht erfüllten. Sie haben lediglich das Ortsbild verschandelt und einen städtebaulichen Mißstand mit verschwendeten Mitteln der Steuerzahler manifestiert.«

Die Bürgerinitiative appellierte an die Gemeindevertreter, aktuell den wiederholten baulichen »Murks« zu vermeiden, wie etwa das nicht auszuschließende Ergebnis einer Bergbau- oder Waschbrettlandschaft. Die Mulden müssen so auszuführt werden, daß sie »im Ortsbild optisch nicht wahrnehmbar sind« (Südmeier). Die Frage, ob andere Empfehlungen aus dem Gutachten Südmeier, wie beispielsweise 30 km/h Zone oder ein verkehrsberuhigter Bereich (shared space) in Klandorf umgesetzt werden sollen, wurde von Siegel und Kirchhoff verneint, weil außer der Regenentwässerung nichts beschlossen worden sei.

»Wir fordern Sie erneut auf«, so Lutz Paproth, »die notwendigen Beschlüsse unverzüglich zu fassen. Die fortgesetzte Untätigkeit der Gemeinde, gleichzeitig die vorsätzliche Zerstörung der Dorfstraße wie der anderen beiden historischen Straßen ist unerträglich, unverantwortlich und gesetzwidrig. Für die (nachzuholende) Instandsetzung der Straßen braucht es keinen Beschluß. Sie ist Pflicht der Gemeinde, wie der laufende Unterhalt.«

Quartiersmanagement nun extern

Eberswalde (bbp). Seit dem 2. Mai hat das Brandenburgische Viertel wieder ein Quartiersmanagement. Nachdem Quartiersmanagerin Johanna Johne-Akçinar Ende 2017 in die Elternzeit ging, blieb der Posten zunächst vier Monate lang unbesetzt. Auf eine im Herbst 2017 erfolgte Ausschreibung für eine befristete Stelle meldeten sich laut Auskunft des städtischen Sozialdezernats keine geeigneten Bewerber. Daher wurde das Quartiersmanagement nun an einen Fremdanbieter vergeben.

Über die Wirksamkeit des immerhin seit 2003 personell durch die Stadtverwaltung selbst getragene Quartiersmanagement wird in der Vergabevorlage geurteilt, daß mit Hilfe des Quartiersmanagements »erste Aktivierungs- und Einbindungsversuche der Bürgerschaft als auch verschiedener Akteure vor Ort umgesetzt« wurden, so daß – mithin nach fast 15 Jahren – »erste Impulse zur positiven Entwicklung und Imagebildung erfolgten«.

Zugleich blockte die Stadtverwaltung in dieser Zeit zahlreiche »Impulse« und Initiativen von Bürgerinnen und Bürgern des Viertels ab. Letzteres blieb natürlich in der Verwaltungsvorlage unerwähnt und ist kein Alleinstellungsmerkmal fürs Brandenburgische Viertel.

Die Fremdvergabe erfolgte im Rahmen einer beschränkten Ausschreibung, für die sechs »grundsätzlich fachkundige und leistungsfähige Büros um ein entsprechendes Angebot« gebeten wurden. Drei Firmen gaben ein entsprechendes Angebot ab, darunter zwei Berliner Büros und die bereits im Kiez agierende Bildungsein-

richtung Buckow e.V. aus Lichterfelde. Als Kriterien zur Vergabe wurden im Rahmen eines Kurzkonzeptes Instrumente zur Aktivierung und Motivierung der Bevölkerung sowie zur Imageverbesserung des Viertels (20%), der Nachweis von Erfahrungen und Kompetenzen bei der Bearbeitung ähnlich gelagerter Aufträge (30%) sowie der Gesamtpreis (50%) herangezogen.

Die S.T.E.R.N. Gesellschaft für behutsame Stadterneuerung mbH hatte zwar mit 74.709,69 Euro das teuerste Angebot abgegeben und lag hinsichtlich der neuen Instrumente zur Aktivierung gleichauf zu den Mitbewerbern, konnte aber laut Aussage der Stadtverwaltung deutlich hinsichtlich der Erfahrungen aus gleichartigen Aufträgen überzeugen. Die Hauptausschußmitglieder folgten dem Verwaltungsvorschlag und betrauten die STERN GmbH in einstimmigem Votum mit dem bis September 2019 befristeten externen Quartiersmanagement im Brandenburgischen Viertel.

Die STERN GmbH ist keineswegs unbekannt in Eberswalde und im Kiez. Im Jahr 2017 war die Gesellschaft für die »Evaluierung des Verstärkungskonzeptes Soziale Stadt« verantwortlich.

Sozialdezernent Prof. Dr. Jan König informierte, daß sich das externe Quartiersmanagement am 16. Mai in der Sitzung des Ausschusses für Soziales, Bildung, Kultur und Sport (18.15 Uhr im Saal des Bürgerbildungszentrums Amadeu Antonio in der Puschkinstr. 13, TOP 9) vorstellen wird.

Eberswalder Familienwoche

Eberswalde (bbp). Der 15. Mai ist der internationale Tag der Familie und seit vier Jahren eröffnet die Stadt Eberswalde an diesem Tag ihre Familienwoche mit einem Treffen des Lokalen Bündnisses für Familie. Am 16. Mai folgt ein »Kindertag« in den Eberswalder Kitas. Dem folgt am 17. Mai am 15 Uhr der »Seniorentag« in der Zoogaststätte »Brauner Bär«.

Drei WCs für Bernau

Der Antrag von BVB/Freie Wähler Bernau auf Errichtung drei weiterer öffentlicher Toiletten in der Stadt Bernau ist bei der jüngsten Sitzung der Bernauer Stadtverordnetenversammlung angenommen worden. Die Vorlage sah vor, daß aufgrund des spürbaren Bevölkerungswachstums weitere rund um die Uhr nutzbare, öffentliche WCs geplant werden. Dies steht auch im Einklang mit der Forderung des Sozialverbands VdK. Dieser weist darauf hin, daß insbesondere unter dem Blickwinkel der Barrierefreiheit zu wenige Toiletten in den deutschen Städten vorhanden sind.

Zunächst hatte die Stadtverwaltung versucht, die Annahme der Vorlage zu verhindern. In ihrer Stellungnahme warb sie für eine Ablehnung. Auch Josef Keil (SPD) erklärte, daß man dies nicht brauche und die zwei WCs in der Innenstadt genügen. Dabei ist der Bedarf sehr wohl erkennbar und auch im Hinblick auf Besucher der Stadt gegeben.

Erfreulicherweise wurde der Antrag mit klarer Mehrheit angenommen.

Mut durch grüne Themen

Wir haben die Themen Umwelt-, Natur- und Baumschutz auf der Ebene der Kreisverwaltung in den Mittelpunkt gerückt wie sonst kein anderer der Kandidierenden. Auch den sozialen Wohnungsbau, die Förderung der ländlichen Räume im nördlichen Barnim und die Verbesserung des Öffentlichen Personennahverkehrs haben wir auf die Tagesordnung gebracht, auch wenn wir nicht den Sieg davongetragen haben.

Damit habe ich den Leuten Mut gemacht und viel Zuspruch erfahren. Wir Bündnisgrüne werden diese Themen weiter beharrlich verfolgen, als Bündnisgrüne im Kreisverband Barnim und ich persönlich als Gemeindevertreter in Chorin.

Dr. MICHAEL LUTHARDT

Ein stolzes Ergebnis

11,6 Prozent, das ist ein stolzes Ergebnis für uns Bündnisgrüne in einem Landkreis, der 25 Jahre lang von der SPD geprägt wurde. Wir gratulieren Michael Luthardt zu seinem beachtlichen Ergebnis und danken ihm für seinen großen persönlichen Einsatz im Wahlkampf. Das überdurchschnittliche Abschneiden in ländlichen Gemeinden wie Lunow-Stolzenhagen und Lüdersdorf, wo Michael Luthardt bis zu 25 Prozent holte, zeigt uns deutlich, daß unser Ziel, die ländlichen Regionen zu stärken und das Leben auf dem Land lebenswert zu machen, dort ankommt.

PETRA BUDKE, Landesvorsitzende Bündnis 90/Die Grünen Brandenburg

Grüne unterstützen Kurth

Eberswalde (bbp). Drei Tage vor der Landratsstichwahl am 6. Mai gaben die Barnimer Bündnisgrünen bekannt, daß sie den SPD-Kandidaten DANIEL KURTH unterstützen.

Am 2. Mai hatte eine Mitgliederversammlung des Kreisverbandes mit großer Mehrheit dafür plädiert, eine Wahlempfehlung für Daniel Kurth auszusprechen. Vor allem gehe es darum, daß der neue Landrat »im Sinne unserer Demokratie unbedingt direkt von den Bürgerinnen und Bürgern gewählt werden« sollte. Zugleich bedanken sich die Barnimer Bündnisgrünen »herzlich bei allen Wählerinnen und Wählern, die unserem Kandidaten Michael Luthardt im ersten Wahlgang zur Landratswahl ihre Stimme gaben«.

Dr. MICHAEL LUTHARDT erklärt dazu: »Im Wahlkampf zeigte sich, daß bei den für uns Grüne wichtigen Themen und Forderungen die größte Übereinstimmung mit Daniel Kurth besteht«. Die Kreistagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen unterstützt das Votum der Mitgliederversammlung, so der Fraktionsvorsitzende STEFAN BÖHMER. Kreisvorstand und Fraktion hatten großen Wert darauf gelegt, sagte Kreissprecher THOMAS DYHR, daß eine Wahlempfehlung durch die Mitgliedschaft des Kreisverbandes beschlossen wird.

Starkes Ergebnis für BVB/Freie Wähler

Die Wählerversammlung BVB/Freie Wähler konnte bei den Landratswahlen im Barnim und in der Uckermark sehr gute Ergebnisse verzeichnen. Die gesteckten Erwartungen, ein zweistelliges Ergebnis zu holen, wurden in beiden Fällen deutlich übertroffen. Enttäuschend ist das Resultat in Ostprignitz-Ruppin.

So gelang es unserem Bewerber im Barnim, Sven Weller, starke 18,1 % einzufahren. Weller konnte mit seinen Inhalten kreisweit punkten. Überdurchschnittliche Ergebnisse wurden in Werneuchen, Bernau, Schorfheide und dem Amt Biesenthal-Barnim erzielt. Mit diesem Ergebnis im Rücken wird die Vorbereitung für die kommende Kreistagswahl massiv beflügelt.

In der Uckermark konnte Torsten Gärtner gute 15,8% einfahren. Das Resultat ist beson-

ders erfreulich, da es in einem flächenmäßig großen Landkreis gelungen ist, gleichmäßig über alle Gemeinden verteilt ein zweistelliges Ergebnis zu erzielen und somit die flächendeckende Kampagnenfähigkeit unter Beweis zu stellen. Der beste Wert wurde in Schwedt erreicht. Enttäuschend ist das Ergebnis in Ostprignitz-Ruppin, wo Hans-Georg Rieger zwar in Rheinsberg gut abschnitt, aber kreisweit mit 5% hinter den Erwartungen zurückblieb.

Als BVB/Freie Wähler haben wir das landesweit gesteckte Ziel klar erreicht. Wir werden die Ergebnisse als Stärkung für die Verdichtung des Netzwerks unabhängiger Wählergruppen zu nutzen wissen.

PÉTER VIDA, Landesvorsitzender BVB/Freie Wähler Brandenburg

Landratsdirektwahl scheiterte zum zweiten Mal in Folge

Am Ende wurde der zweite Wahlgang der Barnimer Landratswahl am 6. Mai doch noch richtig spannend. Die Frage war, erreicht die Wahlbeteiligung das Quorum von 15 % oder nicht. Bereits um 18.04 Uhr war der erste (Lüdersdorf) von insgesamt 207 Wahlbezirken ausgezählt. Dort beteiligten sich genau 14 % der Berechtigten an der Wahl. Vier Minuten später, es waren schon 29 Wahlbezirken ausgezählt, hatte sich die Wahlbeteiligung auf 12,8 % reduziert. Nach 181 ausgezählten Wahlbezirken lag die Beteiligung noch bei 14,9 %, nach 200 Bezirken (18.47 Uhr) waren schließlich 15,8 % erreicht. Damit war klar, das Quorum wird erreicht, denn nun fehlten vor allem nur noch die Briefwähler. Die Sektkorken konnten knallen... Nur, daß das 15-Prozent-Quorum eben nicht für die Wahlbeteiligung gilt, sondern für den Wahlsieger. Dumm gelaufen!

Die meisten Stimmen erhielt wie erwartet der von der Linkspartei unterstützte SPD-Kandidat Daniel Kurth. Ihn gaben am Ende 17.470 Barnimerinnen und Barnimer ihre Stimme. Das sind 11,2 % der 155.717 Wahlberechtigten. Damit gab es das erwartete Nicht-Ergebnis. Zum zweiten Mal in Folge scheiterte die Direktwahl des Barnimer Landrates.

Skandal im Kreisjugendamt

Eberswalde (bbp). Das Jugendamt des Landkreises Barnim ist für das Wohl der Kinder und Jugendlichen verantwortlich, kann aber nur helfend eingreifen, wenn es über entsprechende Informationen verfügt, wann und wo gegebenenfalls Gefährdungen für das Kindeswohl vorliegen. Dazu ist das Jugendamt auf die Mithilfe der Kindereinrichtungen oder aufmerksamer Nachbarn angewiesen, die in ihrem Umfeld Hinweise auf mögliche Kindesgefährdungen bemerken und dies dem Jugendamt mitteilen. Oft kann das Jugendamt nur nach solchen Hinweisen tätig werden. Nicht immer werden sich solche Hinweise bestätigen. Zum Glück für die betroffenen Kinder. Aber so manches Mal könnte solch ein Hinweis auch Schlimmeres abwenden.

Das Jugendamt ist also angehalten, jedem solcher Hinweise nachzugehen. Dies tut auch das Barnimer Jugendamt. Allerdings scheint es üblich zu sein, den Hinweisen derart nachzugehen, daß die Beschuldigten nicht nur von den Vorwürfen erfahren, sondern zugleich auch die Identität der Hinweisgeber sowie die Namen von gegebenenfalls benannten Zeugen. Davon berichtet zumindest ein Betroffener, dessen Anzeige mit Eingangsstempel beim Jugendamt als Foto über einen Messengerdienst verbreitet wurde. Bekannt wurde das, weil die offenbar

drogenabhängige Mutter, die laut der Anzeige ihre Kinder regelmäßig in auffallend unverhältnismäßiger Art anbrüllt, den Anzeigenden und die benannten Zeugen beleidigt hat.

Auf die an den Landrat Bodo Ihrke gesandte Forderung nach schriftlicher Stellungnahme wegen Verletzung des Datenschutzes antwortete nicht der Landrat, der sich – wie in 28 Jahren Amtszeit üblich – aus jeglichen Problemen heraushält, sondern die Jugendamtsleiterin Yvonne Dankert. Allerdings nicht mit der geforderten schriftlichen Stellungnahme, sondern mit einer Einladung zu einem Gespräch im Kreishauses, »um Ihre Beschwerde zu besprechen«. Dieses (in der Barnimer Kreisverwaltung seit Jahrzehnten übliche) Verfahren zur unbürokratischen Problembewältigung – im Klartext: mittels subtilem Druck und Mausehelei – wurde von dem Betroffenen abgelehnt. Inzwischen sei das Ganze bei der Staatsanwaltschaft angezeigt, mithin handele es sich um ein laufendes Verfahren.

»Statt den Kindern und der offensichtlich überforderten Mutter die notwendige Hilfe zu gewähren«, so der Betroffene, »reagiert das Barnimer Jugendamt mit der Denunziation der Hinweisgeber. Ich sehe in diesem Zusammenhang das Jugendamt Barnim als potentielle Gefahr für Leib und Leben von Anzeigenerstattem«.

Kreistag Barnim: Alle wollen (angeblich) Kreisumlagesenkung *Nur kaum einer stimmt dafür*

Ein beschämendes Schauspiel bot sich auf der jüngsten Kreistagssitzung am 16. März bei der Abstimmung zu unserem neuerlichen Versuch, die Kreisumlage zu senken.

Wie Erinnerung, verfügt der Landkreis über eine sehr hohe Rücklage, die auch aufgrund der gestiegenen Kreisumlage möglich wurde. Die Gemeinden zahlen 43,81% Umlage an den Kreis und tragen somit zum Entstehen der Rücklage bei. Dabei steht haushaltsrechtlich fest, daß die Kreisumlage nur eine Fehlbedarfsfinanzierung ist. Sie darf nur in der erforderlichen Höhe erhoben werden, sie kann nicht zum Aufbau von Polstern eingesetzt werden.

Daher fordert die Fraktion BVB/Freie Wähler seit geraumer Zeit, die Umlage zu senken, um so den Gemeinden mehr Spielräume zu geben. Seit Monaten wird dies von SPD und Linken verschleppt. Vor einem halben Jahr beantragten wir, den Überschuß an die Gemeinden entsprechend der Einwohnerzahl auszu zahlen. Mit deutungsschwerer Geste belustigten sich seinerzeit die Kreistagsabgeordneten von SPD und Linken, daß man dies so nicht machen könne. Man müsse schon technisch an den Kreisumlagesatz ran.

Daraufhin stellten wir im Dezember den Antrag, den Umlagesatz für die kommenden zwei Jahre um einen Prozentpunkt zu senken – so wie es andere Landkreise in der jüngsten Vergangenheit auch taten. Auch dies wurde abgelehnt, weil man meinte, daß es hierzu einer langfristigeren Vorbereitung bedürfe.

Also reichten wir im März einen Antrag ein, der keine sofortige Senkung, sondern eine frühzeitige Einbindung der Gemeinden bei der Festlegung des Kreisumlagesatzes vorsieht. Mit derselben deutungsschweren Mimik wurde nun von denselben Kreistagsabgeordneten erklärt, daß dies so auch nicht ginge. Man müsse den Gemeinden zwar mehr Spielräume geben und man müsse auch über den Umlagesatz diskutieren, aber das gehe so nicht.

Für uns drängt sich immer mehr der Eindruck auf, daß hier vertröstet und verschleppt

werden soll. Jeder Vorschlag, den Kommunen eine strukturelle Entlastung zukommen zu lassen, wird abgelehnt.

Die Gegenvorschläge von Rot-Rot sind reine Placebo-Aktionen. So erklärte der scheidende Landrat, daß man doch ein 10-Millionen-Förderprogramm aufgelegt habe. Dies ist unter verschiedenen Gesichtspunkten mit einer Umlagesatzsenkung nicht vergleichbar. Zum einen bleiben die Kommunen im Falle eines Förderprogrammes vom Willen des Kreises abhängig. Zeitgemäß wäre es, den Kommunen das Geld im Sinne der Subsidiarität zur eigenen Verfügung zurückzugeben. Zum anderen handelt es sich um eine einmalige Förderung, die mit einer strukturellen, dauerhaft wirkenden Entlastung nicht mithalten kann.

Der Kreistagsvorsitzende ALFRED SCHULTZ (Die Linke), der erstmals trotz seiner eigentlich überparteilichen Funktion in die Debatte eingriff und eine parteipolitische Rede hielt, verstieg sich sogar dazu, zu behaupten, daß eine frühzeitige Beteiligung der Gemeinden bei der Festsetzung des Umlagesatzes dazu führen könnte, daß keine Schulmilch mehr finanziert werden kann. Ein beispielloser Fall von Populismus. Einerseits unanständig, weil so getan wird, als wenn der Kreis bei geringeren Umlageeinnahmen trotz Polster von immer noch rund 40 Millionen natürlich just die Schulmilch streichen würde, zum anderen auch sachlich falsch, weil viele, viele Schulen sich gar nicht in kreislicher Trägerschaft befinden.

Wir werden trotz der Ablehnung des Antrages weiter für eine spürbare Senkung der Kreisumlage kämpfen und auch die CDU – die mit dieser Forderung ja Wahlkampf macht – an ihr erneutes Abstimmungsverhalten (viele Enthaltungen und Nein-Stimmen) erinnern.

THOMAS STRESE, Vorsitzender der Fraktion BVB/Freie Wähler im Kreistag Barnim

Kompetenz für Wald und Holz

Am 2. Mai trafen sich die Land- und Bundestagsabgeordneten der SPD Daniel Kurth und Stefan Zierke mit dem Präsidenten der HNEE, Prof. Dr. Wilhelm-Günther Vahrson und Dr. Micheal Luthardt, Leiter des Landeskompetenzentrums Forst Eberswalde zum vor-Ort-Gespräch. Auf dem Waldcampus in der Eberswalder Möllerstraße schauten sie sich den passenden Standort für das geplante Kompetenzzentrum für Wald und Holz an. Schließlich unterschrieben Prof. Dr. Vahrson und Dr. Luthardt das Bewerbungsschreiben an das Bundeslandwirtschaftsministerium.

»Hier auf dem Waldcampus der HNE Eberswalde haben wir die besten Voraussetzungen für das Kompetenzzentrum des Bundes für Wald und

Forst hat. Der Standort ist bestens geeignet, um die vorhandenen Ressourcen im Bereich Wissenschaft und Forschung zu bündeln«, so Stefan Zierke.

»Einzigartige Kompetenz für Wald und Holz finden Sie nur hier in Eberswalde in den Bereichen Forschung, Lehre, Transfer und Gründung. Ein weiterer großer Vorteil sind die Studierenden am Standort – neben frischem Wissen und neuen Denkweisen sind sie Multiplikatoren, die die Ideen ausgezeichnet transportieren und den Standort einmalig machen«, ergänzt Prof. Vahrson.

Unterstützung erhält das Vorhaben zudem von der Landesregierung und aus Bundesministerien sowie vom Eberswalder Bürgermeister Friedhelm Boginski.

SEBASTIAN SCHMIDT

»Legislatives Unrecht« I *Landtag lehnt Altanschießer-Antrag ab*

Potsdam (bvb). Die Mehrheit des Landtages hat in seiner Sitzung am 27. April den Antrag von BVB/Freie Wähler auf Übernahme der Altanschießerkosten abgelehnt. Die von Péter Vida eingereichte Vorlage sah vor, daß das Land die Verantwortung für die Beitragspraxis eingesteht und in den kommenden drei Jahren eine Kostenübernahme vornimmt.

Der Antrag stützt sich auf die neueste Entscheidung des Oberlandesgerichts Brandenburg, welches ausführt, daß Staatshaftungsansprüche der Beitragspflichtigen gegen Abwasserzweckverbände deswegen nicht bestehen, weil ein Fall »legislativen Unrechts« vorliegt. In dem nunmehr vorliegenden ausführlichen Urteil wird mehrfach durch das Gericht darauf hingewiesen, daß die Verantwortung für die verfassungswidrige Praxis beim Gesetzgeber liegt. So erklärt das Gericht in der Urteilsbegründung, daß auch wenn die Beitragspflicht unmittelbar auf den Beitragsbescheid zurückzuführen ist, die Verbände doch auf Grundlage der durch den Landtag geschaffenen Rechtslage gehandelt haben.

Trotzdem erklärten die Redner von Rot-Rot, daß man erst die Revision zum Bundesgerichtshof abwarten müsse und das Land mit dem Darlehensprogramm ja bereits helfe. Innenminister Schröter verstieg sich gar dazu, zu behaupten, daß ja nicht alle Verbände Altanschießerbeiträge erhoben hätten, weil diese »nunmal ordentlich gearbeitet haben«. Auf die Nachfrage des Landtagsabgeordneten Vida, ob dies heiße, daß er damit allen anderen Verbänden bescheinigen wolle, schlecht oder falsch gearbeitet zu haben – was angesichts der Rundschreiben und Runderlasse des Innenministeriums befremdlich wäre – beantwortete der Minister nicht.

Zugleich betont BVB/Freie Wähler, daß der Verweis auf die Möglichkeit für die Kommunen, freiwillige Rückzahlungen vorzunehmen, nicht hilfreich sei. Denn viele sind fiskalisch dazu nicht in der Lage. Vielmehr brauche es jetzt einen Schritt auf die Bürger zu. Der Landtag müsse seinen Fehler, der ihm durch das Bundesverfassungsgericht und das Oberlandesgericht bescheinigt wurde, einsehen und daraus Schlußfolgerungen ziehen, die für sozialen Frieden sorgen. Diese Chance sei mit der Ablehnung dieses Antrages vertan worden.

Joachimsthaler Musikfest

Am 25. und 26. Mai findet im »Heidekrug« wieder MUSAIK, das Joachimsthaler Musikfest statt. Am 25. gastiert die Band Floß mit Ihrem »Vorwärtsfolk« im Heidekrug. Der Eintritt beträgt 10 Euro. Am Samstag, dem 26. Mai kommt die Bolschewistische Kurkapelle Schwarz-Rot endlich wieder nach Joachimsthal! Beginn 20 Uhr. Eintritt 12 Euro.

GISBERT AMM

Mimis Freund Oliver, mit dem sie sich früher mit Schnapskirschen der Eltern betrank, wird Anfang der 1990er Jahre zum Anführer einer rechten Schlägergruppe. Von den Glatzen und Seitenscheitel tragenden Jungs als »Zecken« beschimpft und bedroht, versuchen Mimi, ihre Freundinnen und Freunde sich durchzuschlagen. Eine Menge Alkohol und gemeinsam verbrachte Nächte in den Jugendzimmern scheinen hier und da die Auseinandersetzung mit sich und den eigenen nächsten Schritten zu verdrängen. Und als ihr Freund »Krischi« 1992 bei einem Discothekbesuch getötet wird, scheinen die einzigen Optionen der Wegzug nach Berlin zu sein oder den Kampf gegen die Neonazis weiterzuführen, der scheinbar nicht gewonnen werden kann.

Ungeschminkt und mit autobiographischen Anteilen schafft es Manja Präkels in ihrem Roman der Leserschaft nahe zu bringen, was es bedeutet, in einer Kleinstadt mit »No-Go-Areas« zu leben, Freunde durch Neonazigewalt zu verlieren und mit der ständigen Angst vor dem nächsten Angriff aus dem Haus zu gehen.

Gerade einer ursprünglich aus Westdeutschland kommenden Leserschaft, wird durch das Buch das Entstehen des politischen Machtvakuum nach der Wende sowie das Besetzen dieses durch rechte Strukturen verdeutlicht. So nah die Geschichte und Charaktere einem als Person, die heute ebenfalls in einer brandenburgischen Kleinstadt lebt, im Laufe des Buches werden, leben wir dennoch in einer anderen Zeit. Antifaschistische und zivilgesellschaftliche Gruppen organisieren sich und gehen auf die Straße, um gegen Rassismus und Nationalismus zu demonstrieren.

Das Buch von Manja Präkels ergänzt bereits existierende wissenschaftliche Artikel, Interviews und Tagungsbände zur Aufarbeitung der Faschisierung in den 90er Jahren in Ostdeutschland um eine emotionale Ebene. Staat und Polizei haben über Jahre weggeschaut und

Buchlesung in Eberswalde am 22. Mai:

»Als ich mit Hitler Schnapskirschen aß«

... oder wie es sich in einer brandenburgischen Kleinstadt aufwachsen läßt, umgeben von der plötzlichen Perspektivlosigkeit nach dem Mauerfall und der zunehmenden Faschisierung der Kindheitsfreunde. Davon handelt der Roman von MANJA PRÄKELS.

die sich radikalisierende rechte Szene als randalierende Jugendliche abgetan. So laufen auch heute noch ungestraft neonazistische Täter von damals herum. Das Buch schafft es, die Betroffenen der Gewalt in den Fokus zu rücken und ihre Geschichte sichtbar zu machen.

Wie auch in dem Fall von »Krischi«. Bei »Krischi« handelt es sich um INGO LUDWIG, dem das Buch gewidmet ist und dessen Tod Präkels als Zeugin in dem Roman beschreibt. Ingo Ludwig ist eines der vielen Todesopfer rechter Gewalt, die keine Erwähnung finden in der offiziellen Zählung der Bundesregierung zu Opfern rechter Gewalt nach 1990. Als das MOSES MENDELSSOHN ZENTRUM POTSDAM im Auftrag des Brandenburger Innenministeriums von 2013 bis 2015 rund zwei Dutzend Verdachtsfälle rechter Gewalt mit Todesfolge näher untersuchte, zählte der Fall von Ingo Ludwig nicht dazu. So sei eine Untersuchung nicht mehr möglich gewesen, weil die Ermittlungsakten zwischenzeitlich vernichtet worden waren. Für das Landesamt für Verfassungsschutz (LfV) war laut einer Bundestagsanfrage von 1994 der Tod von Ludwig auf einen Treppensturz zurückzuführen. Noch bizarrer wird die Geschichte, als der LfV behauptete, Neonazis wären Ludwig zur Hilfe geeilt und hätten ihn erst dann verprügelt, als er sie beschimpfte. In der Wochenzeitung JUNGLE WORLD übt Manja Präkels an der Darstellung des LfV scharfe Kritik: »Wenn man die drei flachen Stufen der Dorfkneipe vor Augen hat und die Pogromstimmung jener Jahre in den Knochen, zerfällt die Geschichte von der hilfsbereiten Horde Skins.« (jungle.world/artikel/2013/45/48759.html)

Während Präkels ein authentisches Bild der Ereignisse in der Retrospektive zeichnet, eckt sie bewußt an die aktuelle Literatur an, die eher ein beschönigendes Bild der durch die Vergangenheit gezeichneten Gegenwart in Ostdeutschland zeichnen will.

Mit dem Buch und der darauf folgenden Berichterstattung löste Präkels einen regelrechten Autorenstreit zwischen ihr und Moritz von Uslar aus. Von Uslar brachte 2010 den Reportage-Roman »Deutschboden« heraus, der später verfilmt wurde. In dem Roman begibt sich von Uslar nach Zehdenick, und versucht literarisch einen Einblick in eine abgehangene ostdeutsche Provinzstadt zu geben und porträtiert jene Personen heute, die Präkels in in den 1990er Jahren das Leben schwer gemacht haben. In einem ausführlichen Spiegel-Artikel wirft Präkels von Uslar verklärende Kumpelhaftigkeit vor, mit denen er die gewalttätigen Neonazis von damals als geläuterte Männer darstellt, die heute einfach nur zu »kernigen Prolls« geworden sind. (<http://www.spiegel.de/spiegel/moritz-von-uslar-roman-deutschboden-und-die-wirklichkeit-a-1182454.html>)

Was in »Als ich mit Hitler Schnapskirschen aß« deutlich wird: Dies ist nur eine von vielen Geschichten aus einer oft ungehörten Perspektive. Laßt uns ihnen Gehör verschaffen, die Geschichte verarbeiten und daraus lernen.

Am Dienstag, den 22. Mai ab 19.30 Uhr liest Manja Präkels in Eberswalde im Café des Bürgerbildungszentrums Amadeu Antonio, Puschkinstraße 13 aus ihrem Buch »Als ich mit Hitler Schnapskirschen aß« vor.

Antifaschistische Initiative Eberswalde (afie)

Daneben werden manche Länder von der Bundesregierung – wider besseren Wissens – oftmals als »sicher« kategorisiert, wie z.B. das Bürgerkriegsland Afghanistan.

Oft erweisen sich auch Ablehnungen von Asylanträgen nach gerichtlicher Überprüfung schlicht als falsch oder es werden Personen abgeschoben, denen wegen besonderer Lebensumstände wie zum Beispiel die eigene Ausbildung, kranke Angehörige oder anderes zumindest eine Duldung zustünde.

Eine Möglichkeit, sich gegen solche ungerechtfertigten Abschiebungen zu wehren besteht im Kirchenasyl. Hier sind Menschen, die von Abschiebung bedroht sind, relativ sicher vor dem Zugriff der Behörden. Auf dem jüngsten Vernetzungstreffen der Barnimer Willkommens-Initiativen wurde eine weitere Möglichkeit vorgeschlagen: Das Bürgerasyl. Am 8. Juni findet dazu im Eberswalder »Schöpfwerk« eine erste Informations- und Diskussionsveranstaltung statt.

Bürgerasyl als Alternative

Eberswalde (bbp). Asylsuchende in der BRD sind oft ungerechtfertigt von Abschiebung bedroht. Oft geht es dabei gar nicht darum, ob die oder der Betroffene kein Recht auf Asyl hat, sondern um die Durchsetzung der sogenannten Drittstaatenregel.



Foto: ALBRECHT TRILLER

Die Idee beim Bürgerasyl ist, ergänzend zu Kirchenasyl und zum Schutz, den häufig die migrantischen Freunde und Verwandten bieten, eine weitere Möglichkeit zu finden, Menschen vor Abschiebung zu bewahren. Es funktioniert, wenn möglichst viele Menschen ihre Bereitschaft erklären, Menschen, denen Ab-

schiebung droht, bei sich zu Hause aufzunehmen.

Die Idee ist zugleich politische Kampagne auf symbolischer Ebene wie praktische Unterstützung der Betroffenen. Wer sich bereit erklärt, verpflichtet sich dabei aber zu nichts.

Eine Initiative aus Hanau, die das bereits praktiziert, hat Antworten auf häufig gestellte Fragen (»FAQ«) dazu online gestellt, und beantwortet dabei auch ganz praktische Fragen (<http://buergerasyl-hanau.info/faq/>).

Die Veranstaltung zum Bürgerasyl beginnt am Freitag, den 8. Juni, um 18 Uhr. Der Treff »Schöpfwerk« befindet sich in der Schöpfurter Straße 5 in Westend und wird vom Hebewerk e.V. betrieben.

Industriekultur retten!

In den vergangenen Jahren wurden zum Thema »Industriekultur am Finowkanal« seitens der Stadtverwaltung mehrere Veranstaltungen durchgeführt und die Bürgerinnen und Bürger zur Mitarbeit aufgefordert. Ich hatte daraufhin einige Hinweise zur Geschichte und Bedeutung der Erzeugnisse der Eisenspalterei gegeben. Speziell hatte ich auf die Schienenfedernägel hingewiesen, die in der Hufeisenfabrik des Walzwerkes Finow produziert wurden. Es gibt wohl nur noch wenige Stellen, wo man solche im Original finden kann. Alarmierend war daher im Frühjahr 2016 die Nachricht, wonach die Deutsche Bahn die Grundstücke der einstigen Eberswalder-Finowfurter Eisenbahn verkaufen will. Schienen bringen als Schrott hohe Erlöse, deshalb befürchte ich, daß diese Sachzeugen der industriellen Fertigung im Raum Eberswalde ganz schnell verschwinden könnten.

Zumindest ein Segment von zwei Schwellen mit dem dazugehörigen Schienenstücken sollte m.E. ausgebaut und gesichert werden. Es würde sich sehr gut als Ausstellungsstück für den Familiengarten eignen. Dazu ist einiger technischer Aufwand notwendig. Außerdem müßten die Eigentumsfragen geklärt werden.

Diebezüglich hatte ich mich schließlich im Juni 2016 an den Kulturredakteur Dr. Stefan Neubacher gewandt. Ich bot auch an, für eine Präsentation Dokumente und Fotos zur Verfügung zu stellen. Bekanntlich wurde ja das gesamte Archiv des VEB Walzwerk Finow 1992



Die Schienenfedernägel waren etwas Besonderes – vor allem in ihrer Zeit. Und es gibt ja kaum noch Originale der Anwendung. Es sollte doch möglich sein, Muster für die Nachwelt zu erhalten.

durch den Reißwolf gejagt. Die Produktion der Federnägel wurde 1966 eingestellt. Noch leben einige Walzwerker, die mit der Fertigung in der Stabstahlstraße zu tun hatten und bei der Darstellung behilflich sein könnten. Aber die Zeit drängt. Die Schienen dieses Gleisabschnitts dürften das erste sein, was nach einem Verkauf abgebaut wird.

Dr. Neubacher antwortete erst auf eine erneute Nachfrage im August 2016 und verwies die Sache an das Stadtmuseum. Deren Leiterin zeigte Interesse an den Unterlagen und versprach, das Thema Federnägel in der Dienstberatung anzusprechen. Dr. Neubacher wies darauf hin, daß es sich um eine »komplexe Angelegenheit« handle, weil es sich zum einen um Privatbesitz (des Staatskonzerns Deutsche Bahn AG) handelt und thematisch andere Ämter der Stadtverwaltung (Stadtentwicklung und Wirtschaftsförderung) damit betraut seien. Auf der damals erstellten Informationstafel zur Eisenspalterei (vgl. BBP 8/2017) wurden die Federnägel als Produkt der Eisenspalterei jedenfalls trotz meiner Hinweise nicht erwähnt.

Im November 2016 wiederholte ich daher meine Bitte in einem Schreiben an Bürgermeister Friedhelm Boginski, »damit diese Sachzeugen unserer Industriekultur im Finowtal nicht untergehen«. Auf eine Antwort vom Bürgermeister warte ich noch heute.

KURT BERUS



Fotos: Kurt Berus (2)

Wer erinnert sich noch an die alten Bierkästen aus den 1950er Jahren? Die Griffe wurden in der Hufeisenfabrik fabriziert.

Frühling an der Oder

*Dichter Nebelschleier hebt sich empor,
durch die Bäume an den Ufern.
Dicke Nebelschleierquellen sickern
durch grüne Wasserwellen.
Sie verhüllen das Wasserland
hinter einer Schleierwand.
Sonnenstrahlen dringen durch
die Nebelschicht.
Winde wehen leise durch das Tageslicht.
Dicht am Ufer sitzt grübelnd ein Angler
und schaut auf Wasser.*

*Frohe Paddler auf dem Fluß
rufen ihm einen Morgengruß.
Es hört sich an wie ein Jodler,
das ist der Frühling an der Oder.
Solch einen Morgen möchte jeder gern erleben,
wenn hoch über dem Haupt
Sonnenstrahlen Seewärts sich erheben,
und der Dampfer auf den Fluß tutet
seinen Morgengruß.*

MARIA BENDITZ

Mont Ihrke als Krönung

Von der Grube zum höchsten Berg

Seit Anfang des Jahres 2013 läuft die Sicherung und Rekultivierung der Deponie Eberswalde Ostend. Mit der Umsetzung des Verfahrens wurde die kreiseigene Barnimer Dienstleistungsgesellschaft mbH vom Landkreis Barnim beauftragt. Grundlage dafür bildet die Plangenehmigung des Landesamtes für Umwelt Brandenburg aus dem Jahr 2013. Bisher wurden von der 18 ha großen Deponiefläche bereits 10,3 ha gesichert. In diesem Jahr hat nun die Abdeckung des letzten ca. 7,7 ha großen Deponieabschnittes begonnen. Der Gesetzgeber gibt hierfür klare Regelungen vor, wie die aufzubringende Abdeckung z.B. mit Bauschutt und Asche für die Tragschicht, einer 2,5 Millimeter starken Kunststoffbahn, Drainageschicht und Mutterboden aufzubauen ist. Die Schichtstärke insgesamt beträgt 1,50 Meter. Die Gesamtkosten werden sich auf ca. 20 Millionen Euro belaufen. Nach Abschluß des letzten Bauabschnittes schließt sich dann noch über einen Zeitraum von 30 Jahren eine notwendige Nachsorge an.

Der höchste Punkt der Deponie wird dann eine Höhe von 71 m aufweisen und somit 57 Meter über dem Marktplatz der Kreisstadt liegen.

Der Landkreis Barnim muß die Kosten aus den gebildeten Gebührenrücklagen finanzieren, ist aber in der glücklichen Lage, Fördermittelzuschüsse von der EU und dem Land Brandenburg einbeziehen zu können.

Seit 1955 nutzten die Eberswalder die ehemalige Lehmgrube in Ostend als Mülldeponie. Ungefähr fünf Millionen Kubikmeter Abfall wurden dort bis zur Schließung im Jahr 2009 entsorgt. Seit dem Jahr 2003 nutzt der Landkreis die bei den Zersetzungsprozessen entstehenden Methangasmengen für die Stromerzeugung. Mit der fortschreitenden Abdeckung sinken auch die Gasmengen kontinuierlich, so daß im Unterschied zum Jahr 2007, als Strom für 40.000 Euro pro Monat eingespeist werden konnte, die Erlöse im vorigen Jahr auf 17.000 Euro pro Monat sanken. Es ist davon auszugehen, daß die Verstromung des Methangases noch bis zum Jahr 2026 möglich sein wird.

Nach einer europaweiten Ausschreibung hat die Firma Strabag den Auftrag zur Schließung des letzten Deponieabschnittes bekommen. Dieser Bauabschnitt beinhaltet die Abdichtung der letzten ca. 7,7 ha inklusive der Oberflächenwasserfassung und -ableitung, den Bau von Deponiewegen, die Einbindung und Instandsetzung der Deponiegaserfassung und die Begrünung der Fläche. Die Fertigstellung ist für Mai/Juni 2019 geplant.

Unabhängig davon bleibt der Recyclinghof im Vorfeld der Deponie bestehen, da er sehr gut von den Bürgerinnen und Bürgern angenommen wird und in den letzten Jahren einen kontinuierlichen Anstieg der Anlieferungen zu verzeichnen hat.

JOACHIM HOFFMANN,
Amtsleiter Bodenschutzamt (Überschrift: BBP)

Den Abgeordneten wird dann erzählt, daß es Fachleute waren, die den Referentenentwurf geschrieben haben und daß ihnen wegen der »Sachzwänge« gar nichts anderes übrig bleibt, als den Entwurf als Gesetz zu beschließen. Wenn nun ein Gesetz beschlossen ist, dann sollen wir glauben, daß das Gesetz gut ist und daß es »Recht« ist, wenn man es beachtet und danach handelt, jedenfalls nicht dagegen verstößt.

Wer das glaubt, der hat noch keine Erfahrung gemacht mit den Leuten, die immer sagen, daß für sie die Gesetze, nur die Gesetze gelten. Diese Leute heißen Richter und Staatsanwälte. Wer glaubt, daß diese Leute unabhängig sind, ist blauäugig und nicht von dieser Welt. Richter sollen Leute sein, die »Recht sprechen«. Sie sprechen aber nur ein Urteil. Manchmal ergeht so ein Urteil zu Recht. Oft »interpretieren« die Richter jedoch das Gesetz, d.h. sie lesen es anders, als es geschrieben steht und meinen, besser zu wissen, was ihre Juristenkollegen da so aufgeschrieben und gemeint haben. Das ist dann das Richterrecht. Nun passiert es nicht selten, daß ein höherer Richter einem niederen Richter dessen Urteil um die Ohren haut. Er verfügt: Das geht so nicht! Noch einmal Herr Kollege, aber dann anders, also richtig! Wir glauben dann, daß der höhere Richter »Recht« hat und bejubeln den »Rechtsstaat«. Der hohe Richter hat aber auch nur ein ganz persönliches Urteil gefällt, weil auch er das Gesetz so liest, »interpretiert«, wie er es für richtig hält. »Richtig«, das richtet sich oft danach, welche persönlichen Interessen der hohe Richter hat. Vielleicht will er ja ein noch höherer Richter werden und da bleibt ihm wohl nichts anderes übrig, als dem Minister, der ihn befördern soll, gefällig und zu Diensten zu sein. Wer das weiß, der weiß dann natürlich, was er unter dem Begriff »Rechtsprechung« zu verstehen hat.

Daß Anwälte nicht unabhängig sind, das sagt allein schon der Name. Staatsanwälte sind dem Staat, also der jeweiligen Regierung verpflichtet und Rechtsanwälte sind – der Name ist irreführend – nicht Anwälte des »Rechts« sondern ihrer Auftraggeber. Sie sind ihren Mandanten, die sie bezahlen, verpflichtet, die Gesetze ganz individuell in deren Sinn zu interpretieren. Klare Gesetzestexte sind da eher störend. Äußerst beliebt sind Gesetzeslücken. Wenn man sie zu nutzen versteht, dann ermöglichen sie, gesetzlos, ja gesetzwidrig zu handeln und trotzdem straffrei zu bleiben. Ein guter Anwalt ist nicht derjenige, der die Gesetze gut kennt, sondern die Gesetzeslücken. Und der sie auch zu nutzen weiß.

Einem erfahrenen Bürger ist das alles nicht neu. Aber es gibt immer wieder Neues und Überraschendes. Es passiert immer wieder – Tendenz zunehmend – daß die Regierung oder ein Amt oder eine Institution, die sich als Behörde versteht, auch wenn sie es gar nicht ist, ein geltendes Gesetz nicht anwendet oder gar mißachtet. Hier helfen dann besondere Gerichte, die Verwaltungsgerichte – so sollen wir

»Legislatives Unrecht« II

Unwort des Jahres 2018 oder traurige Realität?

Legislative – das wissen auch viele Nicht-Lateiner – das sind die Gesetzesmacher. Nach offizieller Lesart sind das in der BRD die Abgeordneten des Bundestages und der Landtage – jedenfalls sollen wir das glauben. Wer wirklich die Gesetze macht, das wird gern geheim gehalten. Es sind von Interessenverbänden – der sogenannten Lobby – überwiegend gut bezahlte Juristen, die Einfluß auf die Beamten in den Ministerien (oft ebenfalls Juristen) nehmen und dafür sorgen, daß bereits die Vorstufe des Gesetzes, der Referentenentwurf, ihre Interessen berücksichtigt.



Foto: Jürgen Gramzow

es jedenfalls glauben. Wir stellen dann meist fest, daß uns das Verwaltungsgericht nicht zu unserem Recht verholfen hat in unserem Verfahren gegen die Verwaltung. Da dürfen wir uns aber nicht wundern, schließlich heißt das Gericht »Verwaltungsgericht«, nomen est omen!

Die Juristen haben von ihren Rechtsgelehrten gelernt, daß es gar nicht sein kann, daß ein Bürger gegen eine Verwaltung vor Gericht obsiegt! Notfalls ist der Bürger durch alle Instanzen zu schleifen. Dafür steht der »DrieHaus«, einer der Jurapäpste! Jede Niederlage und auch jeden Erfolg zahlt der Bürger – als Unterlegener oder als Steuerzahler! So wahr mir DrieHaus helfe!

Manchmal, so etwas kommt tatsächlich vor, gelingt es aber dem Verwaltungsrichter nicht, das Gesetz zugunsten der Verwaltung zu interpretieren. Er muß uns Recht geben. Am liebsten tut er das mit Hinweis auf einen Formfehler. Damit ist uns aber meist noch nicht geholfen. Im Land Brandenburg darf ein Minister öffentlich erklären, daß er einen Beschluß sogar des höchsten deutschen Gerichts, das heißt Bundesverfassungsgericht, für ein »Fehlurteil« hält. Natürlich muß der Mann wissen, daß ein Spruch dieses Gerichts Gesetzeskraft hat, aber – wir haben ja den Rechtsstaat – wem das nicht paßt, daß der Minister ein Gesetz nicht umsetzt, der kann den Minister ja verklagen, natürlich erst einmal bei einem Landesgericht,

das, es darf niemanden wundern, dem Minister kein Härchen krümmen wird.

So geschehen jüngst vorm Oberlandesgericht. Der Minister und seine ihm hörigen nachgeordneten Einrichtungen (»Behörden«) haben widerrechtlich Beiträge erhoben und kassiert. Die Forderungen, wenn sie überhaupt zu Recht bestanden, waren längst verjährt. Nun ist das Geld verbraten. Zweckverbände und Kommunen zeigen auf die Landesregierung und die schiebt den schwarzen Peter ganz flott weiter und nennt die Gesetzesgrundlage, nach der sie alle unisono gehandelt, uns mißhandelt haben, »legislatives Unrecht«. Das heißt nichts anderes, als daß nun die Landtagsabgeordneten Schuld sein sollen.

Was ist das für ein Land, in dem wir leben? Es ist ein Land, in dem wir damit rechnen müssen, daß die von der Regierung ausgearbeiteten und vom Landtag beschlossenen Gesetze »legislatives Unrecht« sein könnten, also vom Gesetzgeber verordnetes Unrecht! Dieses Land heißt Brandenburg. Sein Werbespruch lautet: Brandenburg – es kann so einfach sein!

So einfach ist das!

Es ist wohl an der Zeit, diese Landesregierung – ganz einfach! – abzuwählen. Denken wir daran, daß es immer Alternativen gibt, man muß sie nur suchen und finden. Leider ist das nicht ganz so einfach!

JOHANNES MADEJA

E-Mobilität im Barnim:

Zerstörungswerk am Obus

Verstärkt wurden in den vergangenen Monaten von den Medien der BRD Beiträge zur E-Mobilität geliefert, speziell zum Elektroantrieb bei Kraftfahrzeugen. Es sind sogar Ziele genannt worden, bis zu welchem Zeitpunkt eine gewisse Anzahl von Kraftfahrzeugen mit diesem Antrieb ausgerüstet werden soll. Die BRD ist offensichtlich beim Elektroantrieb im Vergleich mit anderen Industrieländern in Rückstand geraten.

Nur beim örtlichen PKW Verkehr und bei den Paketautos der Deutschen Post AG hat sich der Elektroantrieb bisher durchgesetzt. Beim letztgenannten hat man sicherlich auf Erfahrungen aus der DDR zurückgegriffen. Dort gab es bis Mitte der 60-er Jahre Postautos mit Batterieantrieb.

Nun wird auch gelegentlich über den elektrisch betriebenen ÖPNV berichtet, und welche Zukunft er haben soll. Gerne sähen es BRD-Politiker, wenn auch batteriebetriebene E-Busse auf den Straßen verkehren würden. Sogar Fördermittel soll es dafür geben.

Nun gibt es dabei ein Problem: Die Physik hält sich nicht an den Glauben der BRD-Politiker. Ein Batteriebus muß ebenso wie ein Dieselsbus oder Erdgasbus die Energie mitführen. Besonders nachteilig, man vergißt bei der Betrachtung der Energiebilanz oft den zur Verbrennung benötigten Sauerstoff, der bei Diesel- und Erdgasbussen nicht mitgeführt wird.

Obwohl wirtschaftlich und ökologisch unsinnig, ist der Einsatz von E-Bussen politisch gewollt. Beispielsweise wollten die Berliner Verkehrsbetriebe (BVG) zum Jahresende 2017 dreißig einfache und fünfzehn Gelenkbusse mit Elektroantrieb anschaffen. Auf die Ausschreibung gab es aber keine Angebote. Deutsche Hersteller (Daimler, MAN) setzen nach wie vor auf Dieselsbusse. In Europa haben nur die Firmen Linker (Finnland), Solaris (Polen), Volvo (Schweden) SOR (Tschechien) und VDL (Niederlande) E-Busse im Sortiment.

Für einen E-Bus beträgt die Lebensdauer ca. 12 bis 15 Jahre. Eine Batterie hat eine normale Lebensdauer von 12 Jahren. Bei häufiger Nutzung kann die Batterie jedoch bereits nach zwei Jahren verbraucht sein. Hochleistungsbatterien haben eine Lebensdauer von 5 Jahren, dafür hat das Fahrzeug dann nur einen Wirkungsgrad von 60%. Zugleich betragen die Ersatzkosten für eine Hochleistungsbatterie das Dreifache einer normalen Batterie.

Nun hat bekanntlich Eberswalde besonders gute Voraussetzungen für Busse mit Elektroantrieb. Doch was machen daraus die Lokalpolitiker. Statt dieses umweltfreundliche und

wirtschaftliche Beförderungsmittel auszubauen, verhindern sie durch sinnlose Verkehrseinschränkungen, unnötige Bauarbeiten und ausgedünnte Fahrpläne einen gut funktionierenden Obusbetrieb. Mit dem Ergebnis, daß dieser zunehmend unattraktiver wird. Es kommt verstärkt zu Verspätungen, weil der Obus im Stau steht, zur Überfüllung von Fahrzeugen und zu Betriebsstörungen – und die Fahrgäste wechseln zum privaten PKW.

Aber die Lokalpolitiker geben sich mit ihrem bisherigen Zerstörungswerk am Obus noch nicht zufrieden. Es ist beschlossen, die Buslinie 910 Südend-Finowfurt ab 2018 auf Obus umzustellen – ohne Fahrdrat und ohne neue Fahrzeuge. Die benötigten Obusse sollen nämlich von den Obuslinien 861 und 862 abgezogen werden. Dadurch wird es dort zu weiteren Verschlechterungen kommen. In diesem Zusammenhang sollen die Hilfsdieselmotoren von elf vorhandenen Obussen durch Batterien ersetzt werden. Für diese Maßnahme stehen 1,4 Millionen Euro bereit.

Zum Vergleich: Die Anschaffung von drei fabrikneuen Fahrzeugen würde drei Millionen Euro kosten. Aber diese Fahrzeuge hätten eine Lebensdauer von 18 Jahren, im Unterschied zu Dieselsbussen, die auf zehn Jahre kommen. Die drei auf Linie 910 eingesetzten Dieselsbusse müssten in 18 Jahren dann 1,8 mal ersetzt werden. Eine Neuanschaffung würde, nur durch die Inflationsrate von 2,5% bedingt, um den Faktor 1,22 teurer. Das bedeutet, wenn ein Dieselsbus ein Drittel eines Obusses kostet, dann wäre die Anschaffung von drei neuen Obussen um ca. 1,04 Millionen Euro teurer, nimmt man an, daß ein Dieselsbus die Hälfte eines Obusses kostet, dann ergäben sich Mehrkosten von ca. 36.000 Euro.

Die 1,4 Millionen Euro zur Verschlechterung des Obusverkehrs in Eberswalde könnten komplett eingespart, oder vielleicht in Bernau eingesetzt werden. Außerdem, neue Obusse müßten aus der EU importiert werden. Das wäre dann zusätzlich noch ein Beitrag zur Verbesserung der Außenhandelsbilanz der BRD!

Dr. ULRICH POFAHL

Was geschieht mit unserem Klima?

Braun- und Steinkohle stehen im Visier. Sind das die einzigen Klimasünder? Was ist mit den vielen Autos? Warum kommen wir nicht ohne aus? Liegt das womöglich am ausgedünnten ÖPNV?

Welchen Schaden erleidet die Umwelt bei den großen NATO Manövern? Wenn Panzer, Drohnen und Kampfflugzeuge Unmengen an

Kraftstoff in Kohlendioxid verwandeln. Und wie erst leidet das Klima bei den diversen Kriegseinsätzen? Daher: Rüstungsproduktion verbieten und unter Strafe stellen. Ebenso den Waffenhandel. Friedenspolitik und Völkerfreundschaft würden der ganzen Welt ein besseres Klima sichern.

ELISABETH MONSIEG

Landwirtschaft finanzieren

Wenn der Kredit der Bank keine Option ist und eigene Ersparnisse nicht ausreichen, um sich selbständig zu machen oder neu auf dem eigenen Betrieb zu investieren – welche Optionen bleiben dann noch?

Im Projekt BIOFINANZ wollen Wissenschaftler der Hochschule für nachhaltige Entwicklung Eberswalde (HNEE) und des Instituts für Ländliche Strukturforschung an der Goethe-Universität Frankfurt am Main (IfLS) darauf Antworten finden.

»Wir analysieren alternative Finanzierungsformen entlang der Wertschöpfungskette für ökologische Lebensmittel. Unter alternativ verstehen wir in diesem Zusammenhang Finanzierungsformen und -modelle, die unter finanzieller Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern realisiert werden«, erklärt Gerlinde Behrendt, akademische Mitarbeiterin an der HNEE. Hierbei beschäftigt sich das Team u.a. mit Themen wie CROWDFUNDING, SOLIDARISCHER LANDWIRTSCHAFT, GENUBRECHTE, BÜRGERAKTIENGESellschaften und LANDKAUFGENOSSENSCHAFTEN. Für all diese Möglichkeiten gibt es bundesweit erste Beispiele. Genau an diesen Erfahrungen sind die Forscher interessiert. »In einer deutschlandweiten Umfrage werden Betriebe der ökologischen wie auch konventionellen Land- und Lebensmittelwirtschaft sowie Initiativen, die alternative Finanzierungswege gewählt haben, befragt«, sagt Gerlinde Behrendt. »Ziel ist es, Merkmale, Potentiale und Herausforderungen der verschiedenen Finanzierungsmodelle herauszuarbeiten und daraus eine Übersicht für eine webbasierte Entscheidungshilfe für interessierte Betriebe sowie Bürger und Kleininvestoren zu entwickeln«, erklärt die HNEE-Wissenschaftlerin.

Aktuell gibt es solch eine Infowebsite noch nicht, was für Akteure in der ökologischen Landwirtschaft eine mühselige Recherche bedeutet, die Zeit kostet. »Interessant sind solche Finanzierungsmodelle vor allem auch für Existenzgründer, für die hohe Investitionen allein durch klassische Bankfinanzierung häufig nicht realisierbar sind. Hier kann beispielsweise die Zusammenarbeit mit einer Landkaufgenossenschaft eine Option sein. Doch welche Vor- und Nachteile das mit sich bringt, ist noch nirgends aufgeschlüsselt«, nennt sie ein Beispiel. Hierüber soll die geplante Infowebsite jedoch spätestens bis Oktober 2019 Aufschluß geben.

Bis dahin wird das Verbundvorhaben BioFinanz von der HNEE und dem Institut für Ländliche Strukturforschung an der Goethe-Universität Frankfurt am Main (IfLS) im Rahmen des Bundesprogramms »Ökologischer Landbau und andere Formen nachhaltiger Landwirtschaft« (BÖLN) mit knapp 200.000 Euro gefördert. An dessen Durchführung sind auch die Stiftung Ökologie & Landbau (SÖL) und der Bundesverband Naturkost Naturwaren (BNN) e.V. beteiligt.

ANNIKA BISCHOF

Mehr Infos zum Projekt: www.alternative-finanzierung.bio

Karl Marx zum 200.

»...wir sind aufgerufen, sie zu verändern.«

Am 5. Mai 2018 ehrt die fortschrittliche Menschheit ihren Vordenker und Philosophen, der zusammen mit Friedrich Engels der Arbeiterklasse das Material zur Abschüttelung des für die Ewigkeit angedachten Gesellschaftssystems zur Ausbeutung des Menschen durch den Menschen in seinen aufklärerischen Schriften näher brachte.

Geboren in Trier ist er der bis heute aktuelle Verfasser der ökonomischen und politischen Hintergründe für das Elend der bis zum heutigen Tag Ausgebeuteten. Nicht älter als 30 Jahre gab er den Kämpfern auf den Barrikaden der 1848er Revolution Mut zur Veränderung der Gesellschaft zugunsten der Arbeiterklasse. In knappen und klaren Sätzen wies das »Kommunistische Manifest« den Weg zur »Expropriation der Expropriateure« für die Schaffung von Bedingungen eines Weges zum Sozialismus anhand der zur damaligen Zeit herrschenden kapitalistischen Verhältnisse. Er war kein Träumer und auch kein Prophet. Er verallgemeinerte die Gesetzmäßigkeiten der Mehrwertwirtschaft zur Erzielung des für die kapitalistische Wirtschaft unerläßlichen Profits. Er zeigte die wahren Ursachen für Krisen und Krieg auf, womit er sich den unüberbrückbaren Haß der Besitzenden zuzog, der bis heute um nichts weniger geworden ist. Wer die Lehren der marxistischen Theorie und ihre Anwendung auf die gegenwärtigen Produktionsverhältnisse im Kampf gegen den Kapitalismus beherzigte und befolgte, hatte die Chance zum Befreiungsschlag. Wer als Besserwisser die Lehren in den Wind schlug, hat die Wirkung des wissenschaftlich begründeten Nachweises zur Überwindung des unersättlichen Profithungers des Kapitalismus oft genug bitter zu spüren bekommen. Mehr denn je kreben die Ausgebeuteten im stinkenden Sumpf des jetzt zum höchsten Stadium des zum Imperialismus mutierten Kapitalismus umher und suchen nach Wegen zum Überleben in einem ungleichen Kampf.

Wir sagen: solidarisiert euch, überwindet die oft kleinlichen Ressentiments und folgt den Lehren 200-jähriger Kämpfe gegen Krieg und Ausraubung innerhalb und außerhalb von Ländergrenzen. Laßt euch nicht von faschistoiden Rattenfängern be(t)rumpfen. Sie wollen nicht euer, sondern nur ihr Wohl. Die angesüßten Brosamen, die sie euch in schöne Worte gekleidet zuwerfen, sind ungenießbar und haben den Geruch des Todes an sich. Es geht um unser aller Leben. Wir und unsere Kinder können nur überleben, wenn wir dem Rüstungswahnsinn kämpferisch entgegenreten. Nur der Frieden und die Solidarität mit allen Geschundenen können uns aus der verfahrenen Situation heraushelfen. Der Kapitalismus ist nicht das Non plus Ultra der Geschichte. Die Zukunft gehört früher oder später dem Sozialismus! Auf diese Überzeugung bauen wir.

HELMUT BRAUNSCHWEIG

Als die Bücher brannten

von Hartmut Lindner

Am Abend des 10. Mai 1933 entzündeten Studenten des Nationalsozialistischen Studentenbundes in den deutschen Universitätsstädten die Scheiterhaufen und warfen begleitet von Feuersprüchen das »schädliche und unerwünschte Schrifttum«, die Weltliteratur, ins Feuer. Universitätsprofessoren und akademische Würdenträger hielten Festreden. Diese Gewalttaten waren gründlich vorbereitet und führten zu einer systematischen Ausmerzungen der verbotenen Literatur durch das Zusammenspiel von Bibliothekaren, die die Listen des schädlichen Schrifttums erstellen und der Polizeibehörden. Hierzu nachfolgend eine kleine Auswahl von Dokumenten (aus: Das war ein Vorspiel nur. Bücherverbrennung Deutschland 1933 – Voraussetzungen und Folgen. Katalog der Ausstellung der Akademie der Künste der DDR, 8. Mai - 3. Juli 1983).

1. Mit deutscher Gründlichkeit

Polizeipräsident von Berlin an Gestapo, Berlin,

4. Dez. 1933: Bei dem Ullstein-Verlag wurden am 20. November 1933 3411 Exemplare des Buches »Im Westen nichts Neues« beschlagnahmt. Von diesen 3411 Exemplaren sind ca. 1500 gebunden bzw. broschürt, der Rest besteht aus Planobogen. Die beschlagnahmten Exemplare sind bis auf einige Stücke bei der Firma Ullstein sichergestellt, da zu dem Abtransport ein Lastkraftwagen und mehrere Arbeiter benötigt werden. Ich bitte um Entscheidung über die beschlagnahmten Stücke.

Der Präsident der Reichsschrifttumskammer an Gestapo, Berlin 22. Juli 1935:

Mir wird mitgeteilt, daß der Schocken-Verlag Berlin immer noch die gesammelten Schriften von Franz Kafka, herausgegeben von Max Brod, ausliefert. Ich weise darauf hin, daß sowohl sämtliche Schriften von Max Brod in der Liste gemäß §1 meiner Anordnung vom 25. April 1935 über schädliches und unerwünschtes Schrifttum eingereiht sind. Ich bitte Sie daher, sämtliche in dem Verlag noch vorhandenen Druckschriften dieser Verfasser zu beschlagnahmen und einziehen zu lassen. Von dem Veranlaßten bin ich in Kenntnis zu setzen.

Gestapo München an Gestapo Berlin, München.

1. Juli 1938: Betr.: Heinrich Heine, Um den Verkauf der Werke Heinrich Heines zu unterbinden, wurde hier die allgemeine Beschlagnahme verfügt. Es wurden insgesamt in 6 Münchener Buchhandlungen zusammen 258 Bände erfaßt, davon allein in der Buchhandlung in der Salvatorstr. 219 Einzelexemplare. Die Bücher wurden eingezogen und zum Stampf gegeben.

2. Ein Blick in Bücherstuben

Stillersche Hofbuchhandlung, Schwerin: Die Buchhandlung, die die repräsentativste am Ort ist, enthielt zahlreiche Schriften von Heinrich Mann, Stefan Zweig, Max Brod, Max Hodann usw., deren Verbot bekannt sein mußte. Die Buchhandlung hatte noch am 30.4.1936 vom Reichner-Verlag, Wien, eine Schrift von Stefan Zweig bestellt und erhalten.

Buchhandlung Pallas, Gleiwitz-Peiskratscham: Der Inhaber verweigerte die Herausgabe von 13 verbotenen Schriften, da diese angeblich sein Privateigentum seien.

Buchhandlung Carl Sellin, Stettin: Das Lager und die Leihbücherei vermittelten einen ungünstigen Eindruck. U.a. fanden sich Schriften vom Maxim Gorki, Zweig, Frank, Der Inhaber, der Obmann der nationalsozialistischen Buchhändler für Stettin ist, fühlte sich offenbar vor einer Durchsuchung sicher.

Buchhandlung Schneider und Henning, Nürnberg:

Die Buchhandlung enthielt fast 4000 verbotene und verbotsreife Schriften, darunter etwa 2500 Broschüren von Gustav Landauer, Karl Marx, Lenin, Sternheim usw. Das kommunistische Schrifttum wurde u.a. in einem größeren Packen verwahrt, der die Aufschrift »Eigentum Henning« trug. Auf einem Bücherstapel wurde die Emigrantenhetzschrift »Dimitroff contra Goering« Braunbuch II, Auflage vom Mai 1934 vorgefunden. Die Schrift war in eine Ausgabe vom New York Herald vom 27.7.34 eingeschlagen, die ebenfalls Hetzartikel enthielt.

Buchhandlung Hans Dallmeyer, Greifswald: Der Inhaber Krause begleitete die Durchsuchung mit hämischen Bemerkungen. Nachdem er anfangs auf eine Bestätigung über 82 beschlagnahmte Schriften verzichtet hatte, erklärte er schließlich, er wolle die Liste doch als Kulturdokument zu den Akten nehmen.

Buchhandlung Heinrich Schrag, Nürnberg: In der Buchhandlung mußten rund 4 000 Bücher und mehrere Tausend Broschüren und Zeitschriftennummern beschlagnahmt werden. Dem umfangreichen marxistischen, jüdischen und pornographischen Schrifttum standen kaum 20 Bücher nationalsozialistischen Inhalts gegenüber. Die Durchsicht des Schriftwechsels ergab, daß Schrag noch im Sommer 1933 mit Jakob Wassermann in Verbindung gestanden hatte.

Stand der Säuberungsaktion in Leihbüchereien, 25. März 1935: organisierte Büchereien ca. 5400 Eingegangene Listen 5636. Geprüfte Listen 4604. Rest 1 032

Fortsetzung folgt

Danke für Dr. Sorgsam

Seine Gedanken kann ich sehr gut verstehen, da auch ich »die Welt verbessern will« – sie wird immer schlechter.

Macht- und Geldgier bestimmen den Wohlstand. Wir sind eine »Wertegemeinschaft« – was man sich darunter vorstellen soll, bleibt jedem überlassen. Jeder ist seines Glückes Schmied – aber nur die Gutbetuchten haben den Schlüssel zur Schmiede. Die gewählten Bundestagsabgeordneten tragen scheinbar die Verantwortung, daß diese Schlüssel nie in andere Hände gelangen. Für ihre Zuverlässigkeit gibt es hohe Diäten, es läuft wie geschmiert!

Die dankbarsten Bürger im Land sind die, welche von den 3 Affen lernten: Nichts hören, nichts sehen, nichts sagen. Die rote Oma ist zwar tierlieb, aber kein Affe.

ELISABETH MONSIG

Kann das weg oder wird das Kunst?

Es wurde Kunst! Neun Künstlerinnen und Künstler aus dem Barnim und Berlin sowie 38 Schülerinnen und Schüler aus zwei Barnimer Schulen nebst zwei Jugendclubs schenken 15 defekten Solarmodulen ein zweites Leben als Kunstwerk. Die Kunstausstellung »solART – Das etwas andere Solarmodul« ist noch bis Ende Mai auf dem EnergieCampus ERNEUER:BAR in der Brunnenstraße 25 bis 26a in Eberswalde zu sehen.

Es gibt Solarmodule, die durch einen technischen Defekt während des Produktionsprozesses aussortiert werden und gar nicht erst zum Einsatz kommen. Da sie jedoch mit ihrer blauen Siliziumoberfläche eine gewisse Ästhetik entfalten entstand die Idee, den Modulen wenigstens noch eine zweite Chance als Kunstobjekt einzuräumen. Ein besonderer Anlaß, die Kunstausstellung zu präsentieren, gibt es auch: Die Barnimer Energiestrategie »die Zukunft ist ERNEUER: BAR« wird in diesem Jahr 10.

Mit ANDREAS BOGDAIN, dem Maler und Grafiker aus Chorin war schnell der Kontakt zur regionalen Künstlergemeinschaft hergestellt. Nach kurzer Zurückhaltung, ob des ungewöhnlichen Untergrundes und der Einschränkung durch das vorgegebene Format (0,80 x 1,58 m), nahmen sechs regionale Kuntschaffende die Herausforderung an.

Und die Idee hat vor der Brandenburger Landesgrenze nicht Halt gemacht. Der Berliner Cartoonist OLAF SCHWARZBACH, bekannt durch seine Cartoons unter anderem für die Berliner Zeitung, Die Zeit oder das Satiremagazin Titanic konnte mit dem Thema etwas anfangen und gesellte sich zur Künstlerschar. Ebenso SANDRA BERGEMANN, die künstlerisch eher in der Fotografie zu Hause ist und der Graffiti-Künstler PHILIPP KÖNIG, der seine Werke für gewöhnlich an Wänden oder Mauern platziert. Neben dem Jugendzentrum WOLKE 6, nimmt auch ein Kunstkurs der OBERBARNIM-SCHULE teil, ein Kunstkurs und eine Kunst-AG

der KARL-SELLHEIM-SCHULE und der Finowfurter JUGENDCLUB SCHORFKIDS. Die Jugendlichen des FiFu-Clubs, wie er kurz heißt, haben dabei auch ein ganz besonderes Interesse. Sie wollen das entstehende »Kunststück« gleich als Firmenschild für die jüngst gegründete Schülerfirma »Sofi S UG« nutzen, die sich die Vermietung eines solarbetriebenen Hausbootes vorgenommen hat.

INA BASSIN

Freiwillig in der Mühle

Bevor am 1. Mai die Ausstellungssaison der Zainhammermühle begann, fand am 28. April der Freiwilligentag statt. Die Zainhammermühle beteiligte sich daran. Der Verein hatte sich im Vorjahr für einen Zuschuß aus dem Bürgerbudget beworben. Wir wollten endlich den zerfallenden Fußboden des Vereinsraums reparieren. Leider stimmten nicht genügend Eberswalder für dieses Vorhaben. Also müssen wir selbst Hand anlegen. Mit Hilfe von Freiwilligen haben wir an diesem Tag die Dielen erneuert.

Am Abend gab es das erste Konzert des Jahres mit der »Schwärfefüsse ComedyBluesBand« (Dr. Volkmar Gutsche p, git, voc; Bernd Egge-ling b, voc und Harald Schulz git, harp, cajon, voc). Dazu hatte sich die Band musikalische Freunde (Prof. Jürgen Peters, git und Oliver Brauner, sax) eingeladen. Das Thema »CountryRockBlues in Deutsch« ergab eine zünftige Session mit toller Stimmung.

ECKHARD GROLL

MoMa in der Mühle – Akt- und Porträtzeichnungen

Seit dem 1. Mai ist in der Zainhammer Mühle die Akt- und Porträt-Ausstellung der MontagsMaler zu sehen.

Gezeigt werden Werke von Catrin Sternberg, Andreas Bogdain, Klaus Deutsch, Ines Frank, Ulrike Schmidt, Stephanie Turzer, Ben Kamperi, Christine Radcke, Sabine Eggeling, Christian Rapp, Robert Schlaak und Nicole Will.

Die 120. Ausstellung des Eberswalder Kunstvereins Die Mühle e.V. »MoMa in der Mühle – Akt und Porträt« ist noch bis zum 27. Mai, jeweils Samstag und Sonntag von 14.30 Uhr bis 18 Uhr oder nach Vereinbarung geöffnet.

Zeichnung und Foto: Catrin Sternberg



Angststörungen behandeln

Im April haben wir geklärt, was normale Angst von einer Angststörung unterscheidet.

Durch jede neue Angsterfahrung entsteht sehr schnell im Gehirn ein Angstgedächtnis, das dafür sorgt, daß schon bei minimalen Reizen die komplette Angstreaktion wieder abläuft mit erhöhtem Puls, ansteigendem Blutdruck, usw. Somit verstärkt sich das Angstgedächtnis mit jedem neuen Angstanfall. Dieser sich weiter verstärkende Angstaufbau muß nun also unterbrochen werden. Ansonsten droht die Angst vor der Angst, die soweit führen kann, daß sich Erkrankte nicht mehr aus den eigenen vier Wänden herausrauen.

Regelmäßige sportliche Aktivitäten und Entspannungsübungen wie zum Beispiel das Autogene Training oder die Progressive Muskelentspannung können Angstreaktionen langfristig mindern. Sehr oft werden Angststörungen jedoch mittels verhaltenstherapeutischer Methoden behandelt. Hierbei wird ungewolltes, da störendes Verhalten abgelegt und neues, gewolltes Verhalten erlernt. Zuerst soll der Klient ein Verständnis für die Ursachen seiner Angst entwickeln. Um dies zu klären, wird genau herausgearbeitet, in welchen Situationen und unter welchen Umständen die Angst auftritt. Wichtig ist es hierbei auch, mit welchen begleitenden Gedanken und Gefühlen die Angst auftritt. Der Klient kann zu diesem Zweck ein Angsttagebuch führen, in dem er seine täglichen Erfahrungen festhält.

Die Vermeidung der konkreten Angstsituation verstärkt die Angst. Es tritt zwar kurzfristig eine Entspannung ein, aber die Angst wird immer wieder kommen, wenn sie denn nicht behandelt wird. Somit ist der Königsweg die Konfrontation mit der Angst. Das kostet Überwindung, baut aber nicht nur die Angst ab, sondern stärkt auch das in der Regel angegriffene Selbstbewußtsein. Hierzu gibt es zwei Wege: Entweder der Klient arbeitet mit seinem Therapeuten die Angstsituationen von unten nach oben ab, das heißt es wird mit der geringsten Angst begonnen (zum Beispiel: Ich sehe ein Flugzeug) und arbeitet sich dann langsam bis zu größten Angstsituation vor (Beispiel: Das Flugzeug hebt ab). Hier gilt es gründlich zu arbeiten, denn Gründlichkeit ist wichtiger als schnelle Erfolge. Alle Situationen die mit der Angst zu tun haben, müssen erfaßt und bewertet werden. Oder der Klient beschäftigt sich sofort mit dem denkbar schlimmsten Szenario (sogenanntes Flooding). Im günstigsten Fall genügt dann ein einziger Durchlauf. Welcher der beiden Wege der geeignetere ist, dies kann nur der Klient zusammen mit dem Therapeuten erarbeiten. So ist z.B. das Flooding bei einem herzkranken Klienten nicht möglich. Für beide Wege gilt allerdings: Die Übungen müssen über einen längeren Zeitraum wiederholt werden, um den langfristigen Erfolg zu sichern. Und: je früher die Behandlung begonnen wird, desto günstiger ist die Prognose.

FALK HINNEBERG

Wandertips

von BERND MÜLLER

Die Fuchskehle am Langen und Mittelsee

Sonntag, 13. Mai, Wanderung mit Manuela Grundmann, 6 km.

Wer kennt schon die Fuchskehle und den Postbotensteig am Langen und Mittelsee? Sie sind herzlich eingeladen, dieses wunderschöne Wandergebiet zu erkunden. Wer möchte, kann bereits vor der Wanderung im Forsthaus ein Mittagessen einnehmen. Am Ende sind Kaffee und Kuchen im Forsthaus geplant.

Treff: 13.30 Uhr Forsthaus Leuenberg, Bahnhofstr. 13, 16259 Höhenland OT Leuenberg

Vom Julianenhof zur Pritzhagener Mühle

Sonntag, 20. Mai, 6 km Rundweg mit Besichtigung des Fledermausmuseums (www.fledermausmuseum-julianenhof.de) mit Eiskeller.

Nach der Besichtigung wandern wir hinunter in das schöne Stobbertal zur Pritzhagener Mühle. Dort erwartet uns Kuchen und Kaffee.

Gestärkt geht es vorbei an Junker Hansens Kehle durch die Hölle zurück zum Julianenhof. Tourleiterin Manuela Grundmann.

Treff: 13.30 Uhr Internationales Fledermausmuseum, Julianenhof 15 B, 15377 Märkische Höhe (bei Buckow, Märkische Schweiz)

Watzmannwanderung Fontaneweg

27. Mai 2018, Sonntag, 10 km.

Die Tour startet im Luftkurort Falkenberg. Auf Fontanes Spuren erreichen wir den Bismarckturm (Möglichkeit Besteigung). Weiter geht es auf den Watzmann. Durch die Marianenschlucht erreichen wir den wildromantischen Teufelssee, von welchem die Prinzessin Elisa Radziwill bereits schwärmte. Nach einer Kaffeepause geht es zurück nach Falkenberg. Tourleiterin Manuela Grundmann.

Die Tour ist Teil der bundesweiten Wanderaktion zur biologischen Artenvielfalt des Bundesamtes für Naturschutz <http://www.wandertag.biologischevielfalt.de/>

Treff: 13.30 Uhr Fontaneplatz, Fontaneweg, 16259 Falkenberg/Mark

Die Rieseneiche im Eichhorntal

Sonntag, 3. Juni, Wanderung im ehemaligen Landkreis Königsberg/Neumark, 9 km.

Gestartet wird in Hohenwutzen. Gemeinsam fahren wir zum Ausgangspunkt der Wanderung, dem Bahnhof Siekierki (Zäckerick). Entlang dem wunderschönen Fließ öffnet sich das Tal ab und an mit herrlichen Fischteichen. Wir besuchen die Rieseneiche und machen uns nach einer Rast auf den Rückweg. Tourleiterin: Corinna Gerber.

Treff: 13.30 Uhr Hotel „Zur Fährbühne“, Fährweg 17, 16259 Hohenwutzen. Teilnehmer, die mit dem Zug anreisen, bitte bei uns melden.

Anmeldung unter 03344/3002881 oder wander-mueller@aol.com. Wenn nicht anders angegeben, werden folgende Organisationsgebühren erhoben: Erwachsene 3 €, ermäßigt 1,50 €, Mitglieder der NaturFreunde Oberbarnim-Oderland e.V. und Kinder mit Familienpaß Brandenburg kostenfrei.

Porträt eines Paukers

von Dr. Steffen Peltsch

Er war der Erfinder der Schulnote SECHS, die es in der DDR nicht gab. Das vernichtende Urteil faßte er deshalb in Worte. Wenn ihm einer seiner Berufsschüler eine Arbeit vorgelegt hatte, die so katastrophal mißraten war, daß auch beim besten Willen und Zudrücken beider Augen nichts, aber auch gar nichts mehr zu retten war, schrieb er unter das Machwerk: »Bitte sofort den Lehrberuf wechseln!«

Er war im Grunde seines rauchergeschädigten Herzens ein Freund seiner Zöglinge. So verhalf er einem Jungen an der Finower Schule, der in der mündlichen Abschlußprüfung (Physik, Kraftübertragung) mächtig gewaltig durchhing, zum Bestehen.

»Das, was du uns da erzählt hast, war sehr, sehr wenig.«

»Na ja, aber...«

»Bist du mit dem Fahrrad zur Schule gekommen?«

»Ja.«

»Dann hol das mal her...«

Der verwirrte Junge buckelte sein Rad ins Prüfungszimmer, wo er am konkreten Objekt erläutern mußte, wie das so läuft mit den Zahnrädern, der Kette und dem Bremsen. Und zog mit einer zwar unterdurchschnittlichen Note, aber glücklich ab.

Als wieder mal die Kohle knapp und die Energieversorgung gefährdet war, wurden die Heizungen in allen öffentlichen Gebäuden, so auch in den Schulen, gedrosselt, mehr als 18 Grad Celsius waren nicht erlaubt. Wenig, aber doch zum Aushalten. Für ihn, den Spindeldürren, den keine Fettpolster schützten, war das der Anlaß, im dicken Mantel, behandschuht und mit Ohrenklappen in den Unterricht zu gehen. Die demonstrative Aktion hatte zur Folge, daß zwei Tage später ein LKW mit drei Tonnen Koks für die Schulheizung anrückte.

Er fand Lust daran, sich naiv zu geben, einem Prager Hundehändler und Schelmen nicht unähnlich. Als im Parteilehrjahr, an dem er, obwohl nur Kollege, teilnehmen mußte, immer wieder, na klar, der Name des damaligen Kronprinzen fiel, blickte er von seinem Notizenzettel auf und fragte: »Wird der Mann mit zwei N oder nur einem geschrieben?« Der Referent gab, nach einigem Zögern, Auskunft. Die falsche...

Er fuhr ein Uraltmotorrad der Marke »Zündapp«, für das heutigentags Sammler Höchstpreise bieten würden. Etwa gleichen Alters wie die Maschine muß die abgewetzte Lederkappe gewesen sein, deren Schlaufen unterm Kinn zuzuknöpfen waren und die er umständlich über den Schädel zog, bevor er in den Sattel stieg. Es kam vor, daß sein Gefährt auf Anhieb ansprang. Meist gab es aber vor der Fahrt etwas zu basteln, zu schrauben oder zu ölen. Umgeben von Jungen der älteren Jahrgänge kniete ihr Mathe- und Physiklehrer vor

dem Kraftrad und bosselte und bosselte, manchmal stundenlang, wobei er nie die Geduld verlor. Dabei kam es vor, daß er liebevoll-beschwörend mit der störrischen Maschine sprach.

»Num mach schon, altes Mädchen« oder »Du willst doch auch nach Hause« oder »Gib dir doch einen Ruck, olle Zicke...« Half das alles nichts, mußte angeschoben werden. Immer hatten ausreichend Schüler ausgeharrt, ihrer drei in jedem Falle, um per Anschub die olle Zicke zum Starten zu bringen. Dann ließ er eine Hand vom Lenker und winkte den Helfern zu, und die winkten zurück.

Im Krieg hatte er Entsetzliches erlebt. Er sprach selten darüber, immer nur unter vier Augen oder im kleinsten Kreis, und er beließ es meist bei Andeutungen, die aber mehr sagten, als es eine ausführliche Schilderung vermocht hätte.

»Da hieß es, wir sollten die Kanten der Feldspaten messerscharf anschleifen. Für den Nahkampf. Wer lebend da rauskam, kriegte ein Kochgeschirr voller Extraschnaps...«

Als der Wehrkundeunterricht eingeführt wurde, kommentierte er, durch die Kriegserlebnisse zum Pazifisten geworden, das mit den bitteren Worten: »Es geht also wieder los...«

Daß ihn seine Schüler liebten, trotz oder gerade wegen seiner Eigenarten, zeigte sich unter anderem darin, daß er immer mal wieder zu den Treffen früherer Jahrgänge eingeladen wurde. Als wir bei einer dieser Wiederbegegnungen, es war im Finower »Keglerheim«, zusammensaßen, ließ er beiläufig erkennen, daß ihm auch das, sagen wir mal Erotische nicht fremd war. Ihm, der gern den Frauenverächter spielte und den Hagestolz gab. Unter den Ex-Schülerinnen war eine, die beim Tanzen durch wild-wüste Verrenkungen und rhythmische Beckenbewegungen auffiel. Er sah interessiert zu und sprach, nicht ohne einen neidhaften Unterton: »Wer die geheiratet hat, ist ein Glückspilz. Das Mädchen muß ja ein Vulkan im Bett sein...«

Nie ist er Aktivist geworden, auch die Beförderung zum Oberlehrer kam nicht zustande. Für bunte Vögel seines Schlags war das nicht vorgesehen. Ich glaube nicht, daß er darunter gelitten hat. Oder doch?

Sei es, wie es sei: GERHARD SCHURMANN ist gut aufgehoben in den Erinnerungen all derer, denen er einst die Binomischen Formeln beibrachte, derer, die er auf eine Schulhofrunde auf dem knatternden Zweirad mitfahren ließ, und vielleicht sogar derer, die, seinem Rat folgend, in einem neuen Beruf Erfüllung fanden. Lehrer, wie er einer war, kamen in der DDR so oft nicht vor. Aber es gab solche. Heute nicht mehr. Trotz zahlloser Artenschutzprogramme für seltene Lebewesen.

Anzeige

melodieundrhythmus.com/perspektivabo

DIE WAFFE DER KRITIK BRAUCHT EIN MAGAZIN

**MAGAZIN FÜR GEGENKULTUR
1.000 ABOS JETZT!**



FOTO: THOMAS KARSTEN



Konstantin Wecker, Liedermacher

»Dieses Gegenkultur-Magazin ist unverzichtbar in diesen Zeiten, in denen ganz bewusst die Stimmen unterdrückt werden, die im Sinne Brechts eine veränderbare Welt beschreiben und besingen wollen.«

Das Projekt *Melodie & Rhythmus* kann nur weitergeführt werden, wenn die Mittel dafür erwirtschaftet werden. Um das Magazin herstellen zu können, brauchen wir vor allem zusätzliche Abonnements. Wenn Sie *M&R* unterstützen möchten, füllen Sie untenstehenden Coupon aus. Die Abobestellung wird erst wirksam, wenn *M&R* wieder erscheint.

Ja, ich möchte das Projekt unterstützen. Sollte *M&R* wieder erscheinen können, bestelle ich hiermit ein Abonnement:

- ☐ Normalabo zum Preis von 26,90 Euro/Jahr
- ☐ Förderabo zum Preis von 36,90 Euro/Jahr
- ☐ Doppelabo* zum Preis von 50,00 Euro/Jahr
- ☐ zum Spezialpreis für jW-Abonnenten von 16,90 Euro/Jahr

(jeweils inkl. 7% MwSt; vier Ausgaben/Jahr; Versand ins Ausland zzgl. 10 Euro/Jahr)

Das Abonnement wird mit der nächsten Ausgabe beginnen, wenn die Produktion wieder aufgenommen werden sollte. Der Abobetrag wird erst dann fällig.

- * Für jedes Doppelabo können Sie jeweils eine zweite Aboausgabe an Freunde, Bekannte oder eine soziale Einrichtung schicken lassen. Sollten Sie selber keinen Empfänger nennen, richten wir ein Abo für eine Einrichtung unserer Wahl (z.B. einen Jugendclub oder Bibliothek) ein.

☐ Frau ☐ Herr ☐ barnimer bürgerpost

Meine jW-Kundennummer (falls zur Hand)

VORNAME

NAME

STRASSE/NR.

PLZ/ORT

TELEFON

E-MAIL

Das Abo bezahle ich per Rechnungslegung

DATUM/UNTERSCHRIFT



Als Dankeschön für den Abschluss eines Abonnements erhalten Sie den limitierten *M&R*-»Gegenkulturbeutel« (ausschließlich für Abonnenten. Nicht im Handel erhältlich)

Coupon einsenden an: Verlag 8. Mai GmbH, Torstraße 6, 10119 Berlin, oder faxen an die 0 30/53 63 55-48

Anzeige

Eine kleine Pfingstmusik
Musikalischer Frühschoppen

Pfingstsonntag, 20. Mai ab 11 Uhr
Bootsverleih Am Breten/Altenhof

mit
Sophia Muehling Gesang
Charlson Ximenes Gitarre
Sonny Thet Cello/Gitarre/Percussion

Dazu gibt es
extra für den Breten
gebrautes Bier
und lecker Wurst!

altenhofer
kulturkreis e.V.

Rentensprechstunde – auch im Mai!

»Brandenburgische Rentnerinitiative«

Rentenempfänger haben die Möglichkeit, einmal im Monat Fragen und Probleme zu ihren Rentenbescheiden durch Mitarbeiter der Brandenburgischen Rentnerinitiative klären zu lassen. Der Arbeitskreis »Brandenburgische Rentnerinitiative« gibt Hilfestellung beim Lesen von Rentenbescheiden und Formulieren von Widersprüchen. Entgegen vorheriger Ankündigung kann die Rentensprechstunde auch im Mai angeboten werden! **Der Termin ist am Mittwoch, 9. Mai, 10 bis 12 Uhr.** Die folgende Sprechstunde findet am 13. Juni, ebenfalls von 10 bis 12 Uhr im Objekt der Volkssolidarität, Mauerstr. 17 (Richterplatz) in Eberswalde statt.

ANDREA HOEHNE

Anzeige

Mulch total – Ein Weg in die Zukunft

Von KURT KRETSCHMANN und RUDOLF BEHM

OLV – ORGANISCHER LANDBAU VERLAG KURT WALTER LAU.

ISBN 978-3-922201-18-2.

In allen Buchhandlungen erhältlich!

»Bernau.Pro.Klima«

Bernau (bbp). Die Hochschule für nachhaltige Entwicklung Eberswalde (HNEE) und die Stadt Bernau laden alle interessierten Bürgerinnen und Bürger am Mittwoch, dem 9. Mai, um 18 Uhr in die Rotunde der Grundschule am Blumenhag. An diesem Abend wird das Projekt »Bernau.Pro.Klima« vorgestellt, das den Anpassungsprozeß Bernaus an den Klimawandel unterstützt.

Mühlen-Termine im Mai

21. Mai (Pfingstmontag) Deutscher Mühltage
11–18 Uhr MühleSpielMeisterschaft, Straße der Mühlenkünstler, Brot backen, Holzbasteleien für Kinder

25. Mai Konzert HAASE und FERRARO
19.30 Uhr, Eintritt: 12 Euro, Kartenbestellung: dr.v.gutsche@t-online.de, Ines.Frank@mail.de

26. Mai Lesung 18 Uhr »Halleys Reise«
Gabriel Schekatz liest aus seinem ersten Roman
Eberswalder Kunstverein »Die Mühle e. V.«
Am Zainhammer 3b, 16225 Eberswalde

Barnimer Bürgerpost

Ich bestelle ab sofort die »Barnimer Bürgerpost«

- ☐ zwei Ausgaben zur kostenlosen Probe
- ☐ Normalabonnement (12 Ausgaben: 9 EURO)
- ☐ ermäßigtes Abonnement (12 Ausgaben: 3 EURO)
Schüler, Studenten, Einkommenslose bzw. -schwache (monatl. Einkommen unter 600 EURO)
- ☐ Förderabonnement (12 Ausgaben: 12 EURO = 9 Euro + 3 Euro Spende oder mehr)
- ☐ Förderabonnement »Gold« (12 Ausgaben: 18 EURO = 9 Euro + 9 Euro Spende oder mehr)

Die »Barnimer Bürgerpost« erscheint derzeit einmal im Monat. Das Abonnement verlängert sich automatisch um den angegebenen Zahlungszeitraum zum gültigen Bezugspreis, falls ich nicht 20 Tage vor dessen Ablauf schriftlich kündige. Beim Vertrieb über die Deutsche Post wird eine Versandkostenpauschale von 10 EURO pro Jahr erhoben (entfällt ab 3 Exemplaren).

Ich zahle: ☐ per Bankeinzug ☐ per Rechnung

IBAN BIC Bank

Name, Vorname Straße, Hausnummer

PLZ, Ort Datum, 1. Unterschrift Abonnent/in

Widerrufsrecht: Innerhalb einer Frist von 14 Tagen nach Absendung (Datum Poststempel) kann ich diese Bestellung widerrufen: Datum, 2. Unterschrift Abonnent/in

☐ Ich möchte zusätzlich die eMail-Ausgabe der BBP erhalten

eMail-Adresse (Angabe ist notwendig für eine Nutzung der o.g. Angebote)

Coupon senden an: Barnimer Bürgerpost, Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde
(Bestellmöglichkeit per Telefon und e-mail siehe Impressum)

Plantasie – Garten und Galerie

Im Rahmen der »OffeneGärten Berlin/Brandenburg« gibt es am 26. und 27. Mai, von 10 bis 19 bzw. 18 Uhr Einblicke in den Plantasiegarten und die Galerie plantasie von MATHILDE und ANDREAS TIMM (Eichwerder Str. 1, 16225 Eberswalde).

impressum

herausgeber: Barnimer Bürgerpost e.V.

anschrift: Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde

telefon: (0 33 34) 35 65 42

e-mail: redaktion@barnimer-buergerpost.de

internet: www.barnimer-buergerpost.de

redaktion: Gerd Markmann

druckerei: Grill & Frank · (0 33 34) 25 94 088

redaktionsschluß: 2. Mai 2018

Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Nachdruck, wenn nicht anders bestimmt, bei Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplars erlaubt. Bankkonto bei der Berliner Volksbank, IBAN: DE27 1009 0000 3599 4610 00, BIC: BEVODE33. Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 2 vom 1. Januar 2002. Abopreise (12 Ausgaben): Normal-Abonnement 9 EURO, ermäßigt 3 EURO, Förder-Abo 12 EURO+. Redaktionsschluß der NÄCHSTEN AUSGABE ist am 30. Mai 2018.